

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

91 (20.4.1921)

Weiter meint das einflussreiche Blatt: „Wenn Deutschlands Angebot befriedigen soll, muß es einschließlich der sofortigen Zahlung der am 23. März fälligen einen Milliarde Goldmark und solide Garantien für die Bezahlung der am 1. Mai fällig werdenden 11 Milliarden, beispielsweise die Ueberlassung der Zollkontrolle. In diesem Falle könne Deutschland die Abtrennung des Ruhrgebiets verhindern.“

Bemerkenswert ist ein Artikel, den das führende Zentrumblatt, die „Germania“, zur Situation bringt. Das Blatt unterhält bekanntlich intime Beziehungen zu Regierungsmitgliedern. Die „Germania“ schreibt:

„Wir dürfen es nie zum Letzten kommen lassen! Unter diesem Gesichtspunkt, der nicht gerade erhehend und aussichtsreich genannt werden kann, in dem aber für unsere Machtlosigkeit die Kunst des Möglichen gipfelt, ist unsere Außenpolitik aufzubauen. Daneben geht die allmächtige Festigung der inneren Staatsgewalt einher, bei der den politischen Parteien eine bedeutende Aufgabe zufällt. Es laufen heute in Deutschland so viele Leute herum, die meinen, mit einem starken Rucksack könnte man die Franzosen über den Rhein zurückdrängen. Sie an Vorkriegswahrheiten zu erinnern, scheint uns notwendig, damit auch sie allmählich erkennen, daß sie mit ihren Mitteln wohl die Straße, zu beunruhigen vermögen, daß man aber mit solcher Zäsur keine Politik machen kann, am allerwenigsten international. Die Politik muß sich immer und überall nicht auf das Rechte, sondern auf das Beste einstellen. Zum Besten, zum Zusammenbruch, darf es nicht kommen, weil sonst ein Vakuum, ein luftleerer Raum entsteht, in dem alles Leben erstickt, und der deshalb niemals bleiben kann. Ist aber ein solches Vakuum entstanden, dann muß die Politik es als ihre erste Aufgabe betrachten, es wieder zu beseitigen, bis man wieder auf den vorherigen Stand zurückgeklommen ist. Diese Auffüllung des Vakuums ist also eine Kraftvergeudung, die am wenigsten ein ohnehin schwaches Volk sich erlauben darf. Wir wollen und sollen es nicht auf das Vakuum antommen lassen.“

Wir sind mit diesen Ausführungen einverstanden, glauben aber man löst sich in Berlin reichlich gemächlich Zeit, das Beste, das Furchtbare zu verhindern.

Die Demokraten und die Regierungsbildung in Preußen

Die Sozialdemokraten in preußischen Landtage haben erklärt, daß sie jedem Geschäftsmann und Uebergangsmann, so wie es Herr Stegerwald unter den aufmunternden Zurufen der Rechten bilden wollte, scharfsten Kampf entgegenstellen werden. Die Absicht Stegerwalds, außer ihm noch einen Zentrumsmann und einen Demokraten neben dem Beamten in das Ministerium zu nehmen, darf als gescheitert angesehen werden. Die Demokraten machen nicht mit. Die „Frankfurter Zeitung“ sagt zu den Vorgängen bei der preußischen Regierungsbildung:

Herr Stegerwald tut das Gegenteil von dem, was man nach seiner ganzen bisherigen politischen Entwicklung von ihm hätte erwarten dürfen. Er sieht der gegebenen Mann, die alte Koalition mit oder ohne Volkspartei zusammenzubringen. Er hat darauf verzichtet, indem er, ohne zwingenden Grund, auch keinesfalls die Fortsetzung der alten Koalition ohne Volkspartei von vornherein verwarf. Und jetzt, nach diesem Hin und Her, sein letzter Ausweg, ein „Geschäftsmann“, das unpolitisch sein soll, das aber in Wahrheit durch die ganze Entwicklung der Dinge eine sehr bestimmte politische Farbe haben wird. Denn da die Sozialdemokratie ein solches Geschäftsmannsbewußtsein, so ergibt sich ganz klar, daß es nur mit Zustimmung auch der äußersten Rechten überhaupt existieren könnte. Das aber würde bedeuten, daß die Deutschnationalen genau das erreicht hätten, was sie von Anfang an erstrebten. Ihre ganze Agitation ging darauf hinaus, die Sozialdemokratie vollständig aus der Regierung auszuschalten und an die Stelle der bisherigen Koalition eine rein „bürgerliche“ Regierung zu setzen, in der sie dann tatsächlich ausschlaggebend wären. Das Geschäftsmannsbewußtsein des Herrn Stegerwald würde praktisch, wenn auch in verhöhlter Form, nichts anderes befragen. Die Sozialdemokraten in der Opposition, die Demokraten, wie wir hoffen, gleichfalls zugehen, das Geschäftsmannsbewußtsein angewiesen auf das Verlangen von Deutschnationalen, Hannoveranern, Deutscher Volkspartei und Zentrum, also eine Gruppierung, die ja ebenso wie die alte Koalition eine schwache Mehrheit hätte, wenn tatsächlich das ganze preußische Zentrum diese Politik mitmacht — das wäre das Bild...

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert. (Fortsetzung.)

Wo mochte sie sein? Er schiedte Felleite zu Homais, zu Tubache, zu Heureau, in den „Goldenen Löwen“, überallhin. Und wenn ihm seine Angst Zeit zu einem anderen Gedanken als an Emma ließ, so sah er seinen Ruf ruiniert, sich selbst am Bettelstab und Verlass Zukunft beraubt. Warum? Er hatte keine Ahnung von alledem. Er wartete bis um sechs Uhr abends. Dann ging er, als er seine Unruhe nicht mehr ertragen konnte, in der Hoffnung, sie sei nach Rouen gefahren, auf die Landstraße hinaus. Nach einer halben Meile oder lehrte er wieder um, wartete draußen noch ein wenig und trat dann ins Haus. Emma war mittlerweile zurückgekehrt.

„Was gibt es? ... Was? ... Warum? ...“ Erklärte mir.

Sie sah vor ihrem Sekretär und schrieb einen Brief, den sie langsam siegelte, nachdem sie das Datum, den Tag und die Stunde angegeben.

Dann sagte sie in feierlichem Tone: „Du wirst morgen den Brief lesen; bis dahin, bitte ich dich, frage mich um nichts. Um nichts!“

„Aber ...“

„Ach nicht!“

Und sie legte sich lang auf ihr Bett.

Ein bitterer Geschmack in ihrem Munde machte sie munter. Sie erblickte Karl durch ihre halb geöffneten Lider und schloß die Augen schnell wieder.

Emma beobachtete sich neugierig, um herauszufinden, ob sie Schmerzen fühle. Nein! Ach nicht! Sie hörte das Ticken der Uhr, das Knistern des Feuers, Karls Atemzüge neben ihrem Bett.

Ach, wie wenig schlimm das Sterben ist, dachte sie, ich werde einschlafen, und alles wird vorüber sein.

Sie nahm einen Schluck Wasser und drehte sich gegen die Wand.

Der abscheuliche Geschmack nach Tinte ließ aber nicht nach. „Ich habe Durst ... ich habe Durst.“ keufte sie.

„Was fehlt dir denn?“ fragte Karl und reichte ihr ein Glas Wasser.

„O nichts, nichts! ... Öffne das Fenster ... ich erstickel!“

Blötzlich überfiel sie eine fürchterliche Uebelkeit, so schnell,

Herr Stegerwald ist zu bedauern. Er will ein nur die Reaktion erregendes Geschäftsmannsbewußtsein bilden, um mit der von ihm übernommenen Aufgabe nicht zu scheitern, und er merkt noch gar nicht, daß er damit viel schlimmer schreitet in dem, was er vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten doch wohl gewollt hatte. Schlimmer als das aber ist: die andwärtige Politik des Reiches wird von neuem erschwert, wenn man nicht noch im letzten Augenblick auf diese unglückliche Konstruktion verzichtet — erschwert in einem Zeitpunkt, in dem die neue Belastung wahrhaftig kaum mehr anhält. Die Parteipolitik in Deutschland hat noch nicht gelernt, die innere und die äußere Politik als Einheit zu betrachten und die innere der äußeren unterzuordnen, wenn die Zeit es fordert. Die Regierungsbildung in Preußen ist ein neuer, trauriger Beweis dafür.

Es berührt angenehm, daß die Demokraten, wenn auch nach langem Hinundhergehoben sich entschlossen haben, nicht weiter die Rolle der Steigbügelhalter für die Reaktion in Preußen zu spielen. Was nun geschehen wird, ob Stegerwald eine andere Lösung vertritt, oder ob vorläufig das alte Kabinett im Amt bleibt, muß in wenigen Stunden entschieden werden.

Die Reparationsfrage im französischen Parlament

In der Sitzung der französischen Kammer am Montag wurde die Beratung des Budgets der Ausgaben für 1921 fortgesetzt. Die Debatte nach dem Friedensvertrag von Versailles wiederholte sich. Der Berichterstatter beschäftigte sich mit der Feststellung des Schadens und mit der Fälligkeit des „Credit national“, der den Beschädigten Vorschüsse gewährt. Die durch die Departements, Kommunen, sowie Privatpersonen angemeldeten Schäden beliefen sich auf den Wert von 1914 berechnet auf 34 665 Millionen Franken. Hierzu müßte man für die geschädigten Staatsbahnen und Eisenbahnen noch ungefähr eine Milliarde hinzufügen. Dabei müßte man bemerken, daß zahlreiche Schadensmeldungen noch ausstehen und daß dies daher dem wahren Wert nicht entspreche. Die genannten Ziffern könne man erst dann erfahren, wenn die Kriegsschadengerichte ihre Arbeit beendigt hätten. Trotzdem glaube er, daß der Betrag der Schäden von dem Werte von 1914 nicht geringer als 30 Milliarden sei. Bis jetzt habe man im ganzen 20 964 Millionen Franken ausgegeben und dabei seien die Ausgaben für den Staatsbesitz mit 4-5 Milliarden des augenblicklichen Wertes nicht eingerechnet, 15 Milliarden von dem genannten Betrage seien in Baren und Geld ausbezahlt worden. Die Wiederherstellung habe ungefähr fünfmal so viel gekostet als der Preis 1914 ausmachte. Es seien also noch 28 Milliarden zu reparieren, die bei einem Koeffizienten von 4 104 Milliarden ausmachten. Da man annehmen könne, daß 10-15 Jahre für Wiederaufbau notwendig seien, könne mit einer Verringerung des Koeffizienten gerechnet werden. Der Berichterstatter würde einen Koeffizienten von 3/4 für gerecht halten. Man könne dann auf etwa 80 Milliarden. Diese Summe müßte als Maximum gelten. In der Debatte wandte sich der Abgeordnete Grellet wiederum gegen die Verwendung deutscher Arbeiter aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen. Er will höchstens die Verwendung deutscher Materials zulassen.

Ein Sittenbild aus dem Deutschland der „besseren“ Kreise

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet:

In Berlin erzählt man sich, daß bei einem ersten dortigen Weinrestaurant dieser Tage eine Senkung von zwei Waggons Grand Marnier-Liquor eingetroffen ist — zwei Waggons, die Flasche zu 240 M. Einkaufspreis. Es handelt sich dabei um eines der im Krieg mehrfach genannten Lokale, an deren während der schlimmsten Kriegszeit stets üppiger Speisefeste schon damals der Abstand zwischen Wort und Tat mancher hochpatriotischen Kreise drastisch in Erscheinung trat. Jetzt preist der tüchtige Restaurateur sich wahrscheinlich glücklich, daß er die tolle Markeisenfabrikung französischer Liquors noch kurz vor Abschluß heringebracht hat. Denn wenn die Rheinseilgrenze der Entente in Kraft tritt, wenn dann die Abwehr unerlaubter ausländischer Luxusimporte durch deutsche Beamte im unbefestigten Gebiet vielfach wirksamer gehandhabt werden kann — denn, wer weiß, hätte er die zwei Waggons Grand Marnier, die Flasche zu 240 M., möglicherweise doch nicht bekommen. Wir haben dazu nur eine Frage. Als die Londoner Sanktionen rechtlos über und verhängt wurden, beschloß eine Reihe von Verbänden des Handels und der Industrie, jede nicht unbedingt notwendige Einfuhr aus alliierten Ländern fortan zu unter-

lassen. Das entsprang bei den einen dem zornigen Verlangen nach Abwehr, nach Vergeltung des uns angetanen Unrechts, bei den anderen einfach der Erkenntnis, daß sie künftig kein Geld zur Bezahlung solcher überflüssigen Einfuhr haben werden, wenn die Entente durch ihre Maßnahmen und die Ausfuhr broffelte — jedenfalls, auf solchen überflüssigen Luxusverbrauch galt es zu verzichten; denn wenn die Gemeinshaft in Not ist unter der Bedrückung übermächtiger Gegner, dann — nicht wahr? — müssen doch alle zusammenstehen, um durch Opfer der einen den andern die Möglichkeit zum Weiterleben zu geben. Und nun die Frage: Wie stehen die Stammgäste jenes und ähnlicher Lokale, die in den letzten Wochen sich oft genau stammende Proteste losgelassen haben, zu den zwei Waggons Grand Marnier? Werden sie dem Restaurateur die Kundhaft kün-

den, weil keine Handlungswelt ist und als ist — oder werden sie schamlos den Placur herunterkriegen? Für die Diagnose des deutschen Schicksals in den nächsten Wochen ist diese Frage keineswegs unerheblich.

Wie wir die deutschen hochpatriotischen „besseren“ Kreise kennen gelernt haben, werden sie in Begleitung von künstlichen Weibern den französischen Liquor trinken, und dabei auf die maßlosen Ansprüche der Arbeiter schimpfen, den ehemaligen Kaiser und Lubendorff hochleben lassen und dann wieder verurteilen. Durch elende Wucherereien die Kosten des Rechaelaas herauszuschlagen. Und dieses Gefindel wird bei der Wahl stramm deutschnational und volksparteilich wählen.

Der Wucher der Papierfabrikanten

Die neuerliche Erhöhung der Papierpreise droht bekanntlich einen großen Teil der Presse zu erbrochen. Die Gewinne der Papierfabrikanten, auf die die Erhöhung der Papierpreise zu einem guten Teil zurückzuführen ist, sind von und für sich gemindert worden. Bis aber sich die Holz- und Papierpreise zu einander verhalten, zeigt folgende Gegenüberstellung, die wir dem „Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ entnehmen:

Vergleich der Holz- und Papierpreisveränderungen		Steigerung (+) oder Senkung (-) des Papierpreises von 100 kg		Steigerung (+) oder Senkung (-) des Holzpreises von 100 kg	
vor dem Kriege	20	20	20	20	20
März 1919	+ 80	+ 99	+ 360		
Ende 1919	+ 85	+ 195	+ 96		
Anfang 1920	+ 250	+ 194	+ 75		
Mitte 1920	+ 216	+ 15,7	+ 4,0	+ 20,5	
Februar 1921	+ 185	+ 16,7	+ 300	+ 37	
Ende März 1921	+ 170	+ 8,8	+ 300	+ 20	

Die Papierpreissteigerung erfolgte also zu einem Zeitpunkt, wo der Preis des wichtigsten Rohstoffes sinkende Tendenz zeigt. Vergleicht man die Papierholzpreise vor dem Kriege mit denen vom Ende März 1921, so beträgt die Steigerung 750 Proz.; die Papierpreise sind in der gleichen Zeit um 1700 Proz. gestiegen. Vor dem Kriege verhielt sich der Preis des Papierholzes zu dem des Papiers wie 1 : 1, das Verhältnis verschob sich bis März 1919 auf 1 : 3,5, Anfang 1920 auf 1 : 1,4, im Februar 1921 war es 1 : 1,6. Während jetzt die Papierholzpreise sinken, schlagen die Papierfabrikanten erneut die Papierpreise auf.

Mit Recht bemerkt dazu das Gewerkschaftsblatt:

„Die Lachade der hohen Dividenden der Papierfabriken beweist, daß die Vorkriegspreise der Papierfabrikation weit unter den Verkaufspreisen für Papier liegen, daß also vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gar kein Grund vorliegt, die neue Papierpreissteigerung als berechtigt anzuerkennen. Es ist weiter nichts als ein neuer Raubzug einer raff organisiert Unternehmerrunde auf die Taschen des Volkes, wie das lehrer in der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung internationaler Gebrauch geworden ist.“

Der Einwand, daß die Exportgewinne der Papierfabriken in Wegfall gekommen sind, ist schon deshalb nicht stichhaltig, weil die hohen Dividenden beweisen, daß man sehr gut in der Lage war, durch Anammlung von Reserven sich auf die unangünstigere Konjunktur vorzubereiten. Inwiefern das nicht ohnehin durch Erhöhung der Abschreibung und Minderstellung geschehen ist, läßt sich zusammenfassend nicht sagen, ist aber nach den Bilanzpraktiken der meisten Unternehmungen auch in diesem Gewerbe bestimmt zu vermuten. Die Regierung hat sich an den Folgen der Preissteigerung vorbeizubringen verstanden, indem sie die Papierwirtschaft frei gab. Um so mehr muß dem Preiswucher der Konventionen entgegengetrickt werden, deren Willkür jetzt freies Feld gelassen wurde.

„Die? ... Zu Hüffe! Zu Hüffe!“

„Die? ... Zu Hüffe! Zu Hüffe!“

Er konnte nur immer das eine Wort wiederholen: „Der gicket! Bergicket!“ Felicie lief zu Homais, der es über den ganzen Platz ausschrie. Madame Defrance hörte es im „Goldenen Löwen“. Einige Einwohner standen aus ihren Betten auf, um ihren Nachbarn die Reuigkeit zu bringen; der ganze Ort geriet in Aufregung.

Ganz von Sinnen, flammend, kaum fähig sich aufrecht zu halten, lief Karl im Zimmer hin und her. Er stieß sich an den Möbeln und raufte sich das Haar; nie hatte der Apotheker einen Menschen in ähnlicher Verfassung gesehen.

Er lief nach Haus zurück, um an Herrn Canivet und den Doktor Larivière zu schreiben. Er verlor den Kopf, wohl fünfzehn verschiedene Briefe fing er an. Spätkalte machte sich nach Neuschatel auf den Weg, und Justin hegte Bobarns Ferkel so ab, daß er es halbwegs lahm und fast krepiert zurücklassen mußte. Karl wollte in seinem medizinischen Lexikon nachschlagen, daß die Buchstaben tangen vor seinen Augen.

„Ruhe, Ruhe!“ sagte der Apotheker, „wir müssen zuerst ein Gegengift ausfindig machen. Was für ein Gift hat sie genommen?“

Karl zeigte den Brief. „Es war Arsenik!“

„Gut“, sagte Homais, „wir müssen eine Analyse machen.“

Denn er mußte, daß man bei allen Vergiftungen eine Analyse machen muß; der andere bestand ihn nicht und sagte: „Zun Sie es! Zun Sie es! Retten Sie sie!“

Dann eilte er wieder zu ihr, warf sich auf den Teppich vor ihrem Bett und schloß die Augen.

„Keine nicht!“ sagte sie, „bald werde ich dich nicht mehr quälen.“

„Warum hast du es getan? Was trieb dich dazu?“

„Es mußte sein, mein Freund.“

„Wart du denn nicht glücklich? Bin ich schuld daran? Ich habe doch alles getan, was ich konnte.“

„Das ist wahr ... du bist gut ...“

Sie strich ihm langsam mit der Hand durch das Haar. Die Süßigkeit dieser Empfindung vermehrte noch seinen Jammer; er fühlte, wie sein ganzes Wesen in der Verzweiflung dahin schmolz, daß er sie verlieren sollte, jetzt, da sie ihm mehr Liebe zeigte als je zuvor. Er wachte nicht, womit er ihr helfen konnte, all seine Kenntnisse ließen ihn im Stich; die Notwendigkeit, schnell und entscheidend zu handeln, verwirrte seine Gedanken.

(Fortsetzung folgt.)

Eine gütlich vorbereitete monarchistische Demonstration der Feinde der deutschen Republik

Am Dienstag wurde Augusta Victoria v. Hohenzollern, die Frau des ehemaligen deutschen Kaisers, zur letzten Ruhe bestattet. Wir können es durchaus begreifen, daß wirklich monarchistisch gesinnte Männer und Frauen den Tod dieser Frau, die ja wohl sowohl als Mutter wie als Frau gleich achtenswert war, nicht nur menschlich, sondern auch politisch bedauern. Wir würden daher in der schuldigen Achtung vor dem Tode die Bestattung dieser Frau nicht zum Gegenstand einer besonderen Behandlung machen, wenn nicht unsere Prozent-, Patent- und Kurpatrioten das Ableben und die Bestattung der Frau zu einer monarchistischen Demonstration verwenden, die deshalb so roh und widerwärtig ist, weil sie ganz offensichtlich schon seit längerer Zeit in kalter Berechnung und in politisch-beruflicher Sorgfalt vorbereitet worden ist. Es ist gar kein Geheimnis, daß gewisse Kreise unserer Reaktionsäre das Ableben der Frau v. Hohenzollern vor einigen Monaten weit gelegener gekommen wäre als heute, aber die Herrschaften haben auch am Freitag in der Tat alles aufgeboten, um aus dem Trauerfall im Hause Doorn soviel als möglich politisches Kapital herauszuschlagen. Der aufmerksame Leser reaktionärer Blätter konnte die Entscheidung machen, daß schon wenige Stunden nach dem Eintreffen der Nachricht vom dem Ableben der Frau v. Hohenzollern, die monarchistische Presse in der Lage war, ganze volle Seiten der sorgfältig verfaßten Lebensbeschreibungen zu bringen, die auch der gemadeste Journalist unmöglich in der kurzen Zeit zwischen Todesnachricht und Veröffentlichung verfassen konnte. Und auf dem Fuße folgten reaktionäre Blätter, die mitteilen, wer alles zum Leichenbegängnis in Potsdam erschienen werde. Offiziere, früher bedrohter Regimenter, laubten sofort Standarten, die eigens für die Trauerfeierlichkeit angefertigt worden waren — natürlich schon längst, denn ein nicht geringer Teil unserer Monarchisten wartete ja schon seit Monaten in einer gewissen politischen Angelegenheit auf das Ableben der schwermütigen Frau, um vor und hinter ihrem Sarge einmal wieder nach Zeremonien monarchistisch sich gebärden zu können. Es war alles bis in die Einzelheiten hinein sorgfältig zu einer monarchistischen, gegen die Republik gerichteten Demonstration vorbereitet; Augusta Victoria v. Hohenzollern, oder gar der Schmerz über ihren Heimgang spielte kaum noch eine Rolle. Aber auf eifrigste beschaffte die Sorge die reaktionären Gemüter, ob auch alles bei der Bestattung zu einer wirklich erheblichen monarchistischen Demonstration kommen werde. Endlich wieder einmal bei einer, wenn auch mit einer toten fürklich Persönlichkeit verbundenen Feierlichkeit in Schande der Orden und der raffiniertesten Trauerkleidung sich sehen und bewundern lassen zu können, schwarz-weiß-rote Fahnen herauszuhängen, der Republik zu zeigen, wie man sie haßt, demonstrieren zu können für die ehemaligen Vorrechte des Adels, der Offiziere, des Hofgeschmeiß und vergleichen mehr, das fehlten nicht wenige unserer Monarchisten seit Monaten herbei.

Wäre nicht ganz offenkundig die monarchistische Demonstration, die gestern in Potsdam um den Sarg der verstorbenen Frau vor sich gegangen ist, so ist, überlegt und schon seit Monaten vorbereitet worden, wäre die bei der monatelangen Propaganda unaussprechliche starke Beteiligung aus dem spontanen Trauerempfinden für die verstorbenen Frau heraus entstanden, so würden wir auch diese Trauerkundgebung ehren, wie wir vor einer ehelichen und wirklich monarchistischen Bestimmung Achtung haben, wie vor jeder ehelichen politischen Bestimmung. So aber tritt bei dieser Trauerkundgebung die gewöhnliche politische Bestimmung aus allen Einzelheiten heraus. Wir bringen der toten Frau unsere Achtung entgegen, nicht aber dem politischen Spekulantentum, das einen überflüssig nicht geringen Teil des Erfolges bei dieser monarchistischen Demonstration ausgemacht hat. Und das zu sagen, schadet leider die Situation, in der wir in Deutschland uns befinden.

Badische Politik

Auch Sonneus verhaftet.

Die Sagenhieb-Affäre zieht weitere Kreise. Wir berichteten von der Verhaftung des früheren Direktors Mele; nun wird bekannt, daß auch der Großhändler und Ingenieur Sonneus aus Heidelberg verhaftet ist und der gerichtlichen Aburteilung entgegensteht. Sonneus wurde bei der Erörterung der Sagenhieb-Affäre um deswillen genannt, weil er mit der Bad. Land- und Siedlungsbank Geschäfte in größerem Umfang gemacht hat; er lieferte sozusagen alles! Natürlich mit dem entsprechenden Gewinnzuschlag. Es gibt Leute, welche behaupten zu können glauben, daß er dabei Millionen verdient hat.

Bekanntlich wurde in Verbindung mit Sonneus auch der deutshannoversche Landtagsabg. Mager genannt, der wegen des Verkaufs der Luftschiffhalle in Dinglingen bei Laub bei Reichsbehörden vorgelassen und auch mit Entenevertreten in Verbindung getreten sein soll — ein Umstand, der ihm seinerzeit die schärfste Kritik, u. a. auch der „Frankf. Ait.“, eingetragen hat.

So vertritt das Kapital Sagenhieb nach recht interessiert zu werden. Man wird allmählich darüber Klarheit erhalten, wohin denn die Millionen gekommen sind, die der badische Staat — leider! — bei diesem Siedlungsunternehmen arden Stills hat ausgeben müssen.

Der „politische“ Badische Bauernverein

Bekanntlich will der von Zentrumsmatadoren geführte badische Bauernverein keine Politik treiben. Wer das glaubt, der konnte sich jedoch am vorletzten Sonntag in Oberzimmern bei einem besessenen Belehren lassen. Im Gasthaus zum „Girch“ fand eine Bauernvereinsversammlung statt, zu der auch die dem Verein angehörenden Arbeiter erschienen waren. In seiner Eröffnungsansprache betonte der Vorsitzende, ein Herr Berg aus Bruchsal, ausdrücklich, daß der Bauernverein wirklich keine Politik treiben wolle, sondern nur Interessepolitik. Der Referent, Herr Landtagsabg. Hegele, bewies das damit, daß er eine Rede im Stile der Zentrumspolitik hielt, durch die sich Verlesterinnen der Sozialdemokratie wie ein roter Faden hindurchzog. Zunächst mußte der Vorsitzende tag festhalten. Er meinte, wenn mindestens 10 Stunden gearbeitet werden würde, könnten wir die Forderungen des Reichsbundes erfüllen; eine geradezu lächerliche Behauptung von einem Politiker, der die Wirklichkeit der Forderungen der Reichsbauern kennen muß. Aber abgesehen davon würden sich

Die Aufgabe der Sozialdemokratie in der Republik

In der Sitzung des Badischen Bezirksvorstandes, die am Montag in Karlsruhe abgehalten wurde, sprach Abg. Genosse Dörfel über die politische Lage. Aus seiner Rede geben wir die nachstehenden Darlegungen wieder, die sich mit den Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik befassen:

Jede deutsche Regierung muß die Republik verteidigen, wenn sie nicht Krieg nach außen und Bürgerkrieg nach innen haben will. Freilich: Die demokratische Republik ist kein Dogma, in dem Ausbeuter und Ausgebeutete in Eintracht und Frieden leben. Der Klassenkampf, im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft begründet, dauert auch auf dem Boden der demokratischen Republik fort, ja, muß gerade auf ihm zur höchsten Entfaltung gelangen, bis mit der Aufhebung der Klassen auch der Kampf der Klassen sein Ende findet. Wohl aber ist die demokratische Republik die gemeinsame Errungenschaft, die alle arbeitenden Klassen, die Arbeiter des Geistes wie die Handwerker, selbständigen und zu verteidigen entschlossen sind. Und wer es unternehmen sollte, sie anzutasten, der würde sich rasch davon überzeugen müssen, daß der Rückweg zu der alten, in Blut und Schande zusammengebrochenen Herrschaft gesperrt bleibt durch den Willen eines ganzen Volkes.

Noch kämpft die Republik allerdings um die wichtigste Voraussetzung jeder erfolgreichen Staatsbetätigung: um die Autorität der Regierung. Von rechts wie von links glaubt man ungehörig gegen sie konspirieren und sie und ihre Organe verächtlich machen zu dürfen. Reaktionäre Beamte und Schulmänner sabotieren den Geist des Freistaates, die Justiz verurteilt sich Tag für Tag an den Ideen der Revolution und der Republik. Die Republik ist sozusagen vogelfrei, ihre Souveränität wird offen mißachtet, überall fehlt es sowohl in der inneren Gesinnung des Volkes wie in den Verhältnissen des Lebens der Nation noch an der autoritativen Untermauerung des Freistaates, ein Mangel, durch den bei den ihm innerlich fremd Gegenüberliegenden mehr und mehr das Gefühl gemehrt wird, als handle es sich bei der Republik um etwas Vorübergehendes, auf das man sich gar nicht erst ernstlich einzurichten brauche.

Besonders lächerlich ist der Mangel an politischer Erziehung, der sich in der Art und Weise zeigt, wie die radikale Linke die Autorität des Freistaates untergräbt. Für sie ist — wie für die mildelsten Feinde der Republik von rechts — die Freiheit der Meinungsäußerung in Parlament, Presse und Versammlung der beiden Schimpffreiheit geworden. Vom Standpunkt einer Arbeiterpartei wirkt besonders beschämend die Art und Weise, wie die unabhängigen und die kommunalistische Presse die aus mehrheitssozialistischen Arbeiterkreisen in Ministerstellen berufenen Klassengenossen behandelt, während sie die bürgerlichen Mitglieder der Regierungen fast durchweg ängstlich umschauen läßt. Fühlt man da nicht, wie sehr man seine eigene Klasse degradiert und wie man letztlich die Geschäfte der Reaktionsäre besorgt, die von jeder der Meinung waren, daß „Proleten“ in den hohen Staatsämtern nichts zu suchen hätten!

Freilich, auch in unserer, der sozialdemokratischen, Partei selbst, mangelt da und dort noch das richtige Staatsgefühl. Noch können sich viele unserer Anhänger nicht in den Gedanken finden, daß heute nicht mehr die kritische Negation, sondern die beherrschende, positive Mitarbeit am Um- und Ausbau des Staates unsere Aufgabe ist, in dem nach dem ersten und grundlegenden Artikel seiner Verfassung „alle Gewalt vom Volke ausgeht“, und dem nur zur Autorität verhilfen müssen, wenn er sich noch links nicht ruht, sondern auch ganz besonders, wenn er heute nach rechts durchsetzen soll. Diese Autorität kann sich die Republik aber nach rechts nur verschaffen, wenn sie sich auch von den Extremisten von links nicht auf der Nase herumtanzen läßt. Die Erfahrung, daß die Radikalen auf beiden Seiten — Deutschlandsozialisten wie Mosauer — die Milde und Langsamkeit, die der Staat ihren Treiberinnen entgegenbringt, ihm nur als Mangel an Kraft auslegen, der sie zu immer wieder neuen Ausschlägen reizt, ist nicht mehr als ein Beweis für die weitere Anwendung dieser Abwehrmethoden.

Die Sozialdemokraten müssen uns darüber klar werden, daß uns heute — im Gegensatz zur vornobemberischen Zeit —

nicht nur die Aufgabe zuzählt, die Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele mit allem Nachdruck zu betreiben, sondern auch die, die Existenz der nationalen Staatsgemeinschaft in der durch die Revolution geschaffenen politischen Form zu sichern. Zur Erfüllung dieser Aufgabe gehört aber in erster Linie die Abwehr der für die Republik lebensgefährlichen Gewaltanschläge von rechts wie von links, die, wenn sie Erfolg hätten, uns in den Bürgerkrieg und damit in das wirtschaftliche Chaos stürzen und dem Reich endgültig den Untergang bereiten würden. Die Lebenswichtigkeit der Sache verlangt dagegen das Aufgebot aller Kräfte, und wo die moralischen Nachmittel nicht ausreichen, müssen eben auch alle materiellen eingesetzt werden.

Aus dieser Situation ergibt sich für unsere Partei aber auch die Pflicht, alle Möglichkeiten auszunutzen, um unseren Einfluß in den Regierungen nicht nur zu erhalten, sondern ihn nach Kräften zu vergrößern. Anders wir dies tun, machen wir nicht etwa engstirnige Parteipolitik, sondern im besten Sinne des Wortes vaterländische Politik. In diesem Sinne nur wenige kurze Andeutungen. Wie gefährlich müßte es nicht im Auslande wirken, wenn es den vereinigten Anstrengungen der Reaktion gelang, die Sozialisten aus der preussischen Regierung hinauszudrängen. Aber ganz abgesehen von diesen außenpolitischen Wirkungen: auch die innere Politik und unser sozialistisches Interesse daran verlangt es, daß wir unsere Positionen in den Regierungen nicht nur behaupten, sondern sie nach Kräften vermehren.

Und was für Preußen gilt, das gilt auch für die anderen Länder, insbesondere auch für unser Baden, und für das Reich. Was soll es dann aber für einen Sinn haben, wenn Scheidemann in seiner kürzlichen Mannheimer Rede sich gegen den sozialdemokratischen Reichspräsidenten ausspricht, so lange er einer bürgerlichen Reichsregierung gegenübersteht? Ist Scheidemann etwa der Meinung, daß Ebert demissionieren und daß wir mit der Wiederbesetzung des Reichspräsidentenpostens durch einen der Unserigen warten sollen, bis wir eine sozialistische Mehrheit in der Reichsregierung oder gar eine rein sozialistische Regierung haben? Das ist doch nichts anderes als die alte Alles-oder-Nichts-Politik, mit der wir lange genug alle Gelegenheiten verpaßt haben, und von der ich geglaubt hatte, wir hätten sie längst aufgegeben. Ganz abgesehen von den staats- und verfassungsrechtlichen falschen Voraussetzungen, von denen Scheidemann bei seiner Kritik an der Amtsführung Eberts ausging, meine ich doch, daß er aus eigener Erfahrung wissen müßte, welche große Vorteile unsere Sache aus der Befestigung hoher und höchster Regierungstellen mit Männern unserer Partei zu ziehen vermag, und wie mannigfaltig dabei die Gelegenheiten sind, dort sozialistischen Geist zu praktizieren, wo ein Bürgerlicher unserem Geist und unseren Interessen strikte zuwiderhandeln würde.

Im Reiche wie in den Ländern müssen wir uns klar darüber werden, daß es der verfassungsmäßige Wille nicht ist, der die Demokratie ausmacht, sondern daß das Ausschlaggebende der Geist der Exekutive und der Verwaltung ist. Sozialistischen Geist können wir in diese aber nur durch Sozialisten bringen, und wir dürfen deshalb, wenn wir auf dem Wege zur Verwirklichung unserer Ziele vorwärts kommen wollen, auf Machtpositionen, die wir bereits besitzen, nicht aus Gründen eines kühleren Doktrinarismus oder aus Mangel an Verantwortlichkeitsmut verzichten. Die Demokratie verlangt von uns eben andere politische Methoden als der alte Junker- und Militärsstaat, und ihre Machtmittel — Wahlrecht, Parlament und parlamentarische Regierung — sind für uns gerade so viel wert als wir aus ihnen machen.

Der Politiker muß vor allem wissen, was er will. Dann aber muß er auch alle gesetzlichen Machtmittel, über die er verfügt, bis zu ihrer Erschöpfung zur Durchsetzung seiner Ziele anwenden. Lernen wir dabei von unseren Genossen, besonders von unseren gefährlichsten, den preussischen Junkern und dem Zentrum, daß in der Politik am meisten erreicht, wer immer und überall, wo sich seinem Einfluß auch nur eine Nische öffnet, dort eindringt und seinen Einfluß geltend macht!

Die Arbeiter, und wohl auch die Christlichen, dafür bedanken, wenn aus ihren Knochen allein die Forderungen der Feinde herausgeschunden werden sollen. Auch als Strategie entpuppt sich Herr Ziegelmaier; er meinte, wenn die Revolution nicht gekommen wäre und nur noch acht Tage lang gefestigt worden wäre, wäre ein besserer Friede für uns erzielt worden. Herr Ziegelmaier will also in acht Tagen das schaffen, was hier Jahre lang vorher unter Aufbietung aller Kräfte nicht geschafft werden konnte. Auch von der beabsichtigten Sozialisierung hat er seinen blauen Dunst, sonst hätte er nicht das Beispiel von der sozialistischen Bauernvereinsversammlung angeführt, in der die Arbeiter die sozialistischen Kreise nicht meilen wollen. Die Sozialdemokraten meinten er seien die Feinde der Bauern. Sie seien die Feinde im Sozialismus, seien nur schon auf dem Boden, sonst aber Null. Das ist der Zentrumskongress wie er sieht und lebt. So reden sie auf den Dörfern. So verkörpern sie die Bauern heute noch im Frühling. Herr Ziegelmaier sollte diese Weisheit mal im Landtag verzapfen! —

Wie zahlte ich meine Einkommensteuer?

II. Die Veranlagung des Festbetrags

Es ist denn wirklich noch notwendig, daß ich als Festbetragszahler (Arbeiter, Angestellter, oder Beamter) jetzt eine Einkommensteuererklärung abgeben muß, nachdem man mir nun schon seit Juni 1920 von meinem Einkommen den gesetzlichen Steuerbetrag gemacht hat?

Diese und ähnliche Fragen tauchen allerorts in erheblichem Maße auf, und es wird nunmehr höchste Zeit, daß solche Fragen zureichend beantwortet werden. Es ist in den letzten Monaten sehr viel über das Einkommensteuergesetz geredet und geschrieben worden. Meist tritt dabei die irrtümliche Auffassung zu Tage, durch den Steuerbetrag sei die ganze Steuerpflicht des Lohn- und Gehaltsempfängers erledigt, es bedürfte für ihn keiner Abgabe der Steuererklärung und von einer Nachzahlung könne keine Rede sein! Und doch sind in einzelnen Fällen Nachzahlungen zu erwarten, nur mit dem Unterschied, daß sie durch die letzte Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 21. März 1921 ganz erheblich gestemmt sind. Zur diesjährigen Abrechnung, der das Einkommen des Kalenderjahres 1920 zu Grunde gelegt wird, braucht die Steuerbehörde unbedingt die Einkommensteuererklärung eines jeden Lohn- und Gehaltsempfängers. Dadurch erfährt das zuständige Finanzamt überhaupt erst alle Anhaltspunkte für die Höhe, auf die jeder Festbetragszahler Anspruch hat, und für etwaige Steuerzuschüsse, soweit die Unterlagen rechtzeitig und erschöpfend der Veranlagungsbehörde zur Kenntnis gelangen. Es ist deshalb im eigenen Interesse der Arbeitnehmer dringend anzuraten, daß jeder Steuerpflichtige ohne Mißtraut auf die Höhe des Einkommens die Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung nicht abwartet, sondern bei seinem zuständigen Finanzamt den Vordruck abholt und ihn ausfüllt.

Die vielumstrittenen „Verbungslosten“, die beim Steuerabgabe durch den Arbeitgeber gar nicht berücksichtigt werden können, müssen jetzt in der Steuererklärung — möglichst im einzelnen erläutert — angegeben werden. Es sind dies alle diejenigen Beiträge, die vom Arbeitnehmer zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Arbeitseinkommens aufzuwenden waren. Es muß jedem Einzelnen überlassen bleiben, Nachzahlungen, aber auch nur diese anzugeben, die ihm bei Beschaffung der Arbeitskleidung, des Arbeitsgeräts und Arbeitsmaterials erwachsen sind. Für Angestellte können im Wesentlichen nur solche Kosten als Verbungslosten in Frage kommen, die für Wohnen, arbeitsmäßige Wohnung und Arbeitsstätte aufzuwenden waren. Arbeitskleidung kann nur bei ganz besonders gelagerten Verhältnissen unter Verbungslosten fallen etwa bei Chemikern und Ingenieuren, allenfalls auch bei privaten Aufwandsbeamten, sofern sie keinerlei besondere Vergütungen oder Tagelöhner erhalten. Weiterhin kommt für alle Arbeitnehmer, wie überhaupt für alle Steuerzahler bei der Ausfüllung des Veranlagungsformulars folgendes in Betracht: Bis zu 10 000 M. Einkommen kann der ganze Steuerbetrag, bei mehr als 10 000 M., aber nicht mehr als 20 000 M. kann die Hälfte und bei mehr als 20 000 M., aber nicht mehr als 30 000 M. ein Viertel der festgesetzten Einkommensteuer erlassen werden, wenn der Nachweis erbracht wird, über außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Verduldung, Unglücksfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt infolge einer Erwerbslosigkeit der Ehefrau.

Nach Abschluß der Veranlagung legt die Steuerbehörde auf Grund des ermittelten steuerbaren Einkommens nach § 21 des Einkommensteuergesetzes die Einkommensteuer fest. Dieser ermittelte Steuerbetrag vermindert sich um diejenigen Beiträge, die jeder Steuerpflichtige als abzugsfähig in Anspruch nehmen kann je nach seiner Unterhaltspflicht und soweit es sich auf der Ehefrau um Kinder unter 21 Jahren handelt. Hier achtet aber die Steuerbehörde streng darauf, ob eines von den Familienmitgliedern mitverdient oder nicht. Für mitverdienende minderjährige Familienmitglieder darf dem Haushaltungsvorstand keine Steuerfreiheit zugestanden werden. Für den Steuerpflichtigen und seine zu unterhaltenden Familienangehörigen (Frau und minderjährige Kinder, soweit deren Einkommen nicht selbständig zu veranlagen ist) ermäßigt sich der festgesetzte Steuerbetrag bei einem Einkommen

bis zu 60 000 M. um je 120 M.,
bis zu 100 000 M. um je 60 M.,
über 100 000 M. wird keine Steuerfreiheit mehr zugestanden.
Für die nächstjährige Veranlagung (Steuerjahr 1921) ist schon jetzt bestimmt worden, daß sich für den Haushaltungsvorstand bei einem Einkommen von weniger als 24 000 M. sein Steuerbetrag für die minderjährigen Kinder ohne Arbeitseinkommen um je 160 M. ermäßigt.

Grund- und Hausbesitzverein und Kaiserlicher Mietvertrag

Von Stadtrat Dr. Kullmann

Herr Architekt Deines gibt unter der obigen Überschrift eine Entgegnung auf meine Ausführungen ab. Seine Entgegnung scheint mir an seltsamen Widersprüchen zu krauchen. Er zeigt die Wirkung der stadträtlichen Mietberechnungstabelle an einem praktischen Beispiele, kommt zu dem Ergebnis, daß bei Anwendung dieser Berechnung der Hauseigentümer Geld zu sparen müßte und bemerkt:

„Daß das ein unhaltbarer Zustand ist, muß jeder vernünftige Mensch einsehen.“

Das hindert ihn aber nicht, einige Zeilen weiter unten wieder folgendes zu sagen:

„Alle diese Besitzer stehen vor dem Ruin, wenn ihnen nicht die Möglichkeit gegeben wird, ihre ungeheuer gesteigerten Auslagen durch eine vernünftige Berechnung der Mieten wieder hereinzubekommen. Diese vernünftige Berechnung bietet die Mietinstabelle.“

Also dieselbe Mietinstabelle, die zu einem von jedem vernünftigen Menschen als unhaltbar zu erkennenden Zustand führt, die den Hauseigentümer mit Verlust behaftet, ist auf einmal wieder vernünftig und verhilft dem Hauseigentümer dazu, seine gesteigerten Auslagen wieder hereinzubekommen. Jetzt laßt man mit der Laterne des Logos den vernünftigen Menschen, der diesen Widerspruch löst.

Herr Architekt Deines ist uns aber auch noch folgende Aufklärung schuldig. Es heißt in seinen Ausführungen u. a. folgendes:

„Da aber auf die Dauer eine solche Berechnung auch ein wohlhabender Mann nicht aushalten kann, so wird er das Objekt verkaufen und natürlich (!) mit wenigstens einem kleinen Gewinn.“

Wie denn? Wenn der Hausbesitz so verlustbringend ist, wo und wie findet dann der Hausbesitzer den Erlös, an den er dieses traurige Objekt noch dazu mit Gewinn verkaufen kann? Nun, Herr Architekt Deines hat ganz recht, er findet diesen Erlös, und dieser Erlös ist durchaus kein Geld, sondern was ganz genau, was er will. Und hier liegt volkswirtschaftlich gesehen, der Kern des Problems und die Rechtfertigung des durch die Resolution des Gewerkschaftsrates und den Massenbesuch der Mieterversammlung im Koliseum zum Ausdruck gebrachten Protestes. Der Kapitalist kauft nämlich im vollen Bewußtsein der Unrentabilität das verlustbringende Haus aus 2 Gründen:

1. Er hat jetzt eine Wohnung, aus der ihn niemand mehr vertreiben kann.

2. Er hat zwar eine von Verlust bedrohte Kapitalanlage, aber dieser Verlust ist verhältnismäßig gering, gegenüber demjenigen, den ander, die gleichmäßige Sicherheit gebührende Kapitalanlagen angelegt sind. Deutsche Staatspapiere sind seit dem Kriegsausbruch im Wert um Hunderte von Prozenten in Abnahme zu versinken, der Grundbesitz dagegen ist im Wert ständig gestiegen.

Und um die hier gekennzeichneten Ausrentungsbedingungen des Grundbesitzes zu fördern, dem Krieges- und Revolutionsgewinnler die nicht wenig, wo er mit seinem Gelderwerb im Feld die Kapitalanlage zu erleichtern und ihm Gewinne zu sichern, die Grundbesitzkulation zu fördern, sollen Tausende und Abertausende ihrer schon auf das Engste bemessenen Lebensmittel kaum noch weiter einschränken und einen Teil dessen, was sie zum Leben brauchen, sich und ihrer Familie am Munde absparen und dieses Geld dem Hause sitz in den Taschen werfen? Nein, das bishigen angeblichen Verlust, den der Hausbesitzer trägt, wirkt volkswirtschaftlich gesehen, wie die geradezu aller Wohnungsverlust.

Wenn nun Herr Architekt Deines noch bemerkt, daß der neue Besitzer sofort die Mieten erhöhen werde, so möchte ich wissen, wie er das anfangt und wie er die Mieten erhöhen kann, wenn es sein Verbesitzer nicht konnte und wenn das Mietengangesamt ihm gegenüber tut, was selbstverständlich Pflicht des Mieteingangsames ist.

Aus der Partei

Agitationsbesitz Karlsruhe. Die Vorstehenden nachstehender Orte werden dringend ersucht, umgehend die Tagesberichtsbogen einzusenden; der Einlieferungstermin ist längst bestanden: Baden, Sandweiler, Bretten, Godelsheim, Odenheim, Ubstadt, Jöhlingen, Spießberg, Wankelsch, Egenstein, Erlingen, Guttingen, Gähringen, Gahrnsfeld, Hirsingen, Nieselsbrunn, Nieseln, Odenheim, Rutenbrunn, Wirm, Hattenheim, Pödingheim, Hörden, Michelbach, Oberstrot, Bitterdorf. Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Gewerkschaftliches

Zur Streike gebracht!

Aus dem Fabrikarbeiterverband schreibt man uns: Daß der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz von Seiten der Arbeitgeber noch nicht als verloren betrachtet wird, beweist ein Vorgang in letzter Zeit in Karlsruhe. Es handelt sich dabei um den Betriebsratsobmann der Färberei vorm. G. Frisch. Bei der früheren Verhandlung in dem Betriebe kannte, wird berichtet, daß sich die dortige Arbeiterpartei wehrt, wieder in das fröhliche Verhältnis herabgestiegen zu werden. Als der neue Direktor seinen Einzug hielt, glaubte man, daß tatsächlich eine neue Ära für die dort Beschäftigten angebrochen wäre. Doch mit dem Einzug des neuen Syndikus in den Arbeiterverband für den Handelskammerbezirk Karlsruhe hatte nach kurzer Dauer dieses Verhältnis ein Ende erreicht. Eine Lohnforderung der Arbeiter wurde abschlägig beschieden. Darauf wurde 22 Arbeiterinnen gekündigt. Zu gleicher Zeit aber auch dem Betriebsobmann, der schon 15 Jahre im Betrieb arbeitete. Im ersten Falle wurde eine Entlassung erzielt. Im zweiten entschied der Schlichtungsausschuß. Jedoch gegen den Betriebsobmann konzentrierte sich nun die ganze Wut der Direktion und des Syndikus Herr H a f e r m a l z, Hauptmann a. D. Man vermutete, daß dieser Kollege auf Grund seiner langjährigen Erfahrung der schuldige Teil des Widerstandes wäre.

Die Anklageschrift des Arbeiterverbandes an das Gewerbegericht Karlsruhe ist ein Musterbeispiel von Verdrehungen des Betriebsrätegesetzes und der Gewerbeordnung. Es würde zu weit führen, wollte man dieses ganze Anklagematerial veröffentlichen, aber zwei Sätze sollen der Arbeiterschaft bemerken, mit welchen Mitteln man versucht, durch die Industrie-Ludendorffs die Betriebsräte mürbe zu machen. Es zeigt aber auch, wie die Arbeiter von diesen Herren immer noch bewertet werden, insbesondere von denjenigen, die des „Kaisers Rad“ mit dem Zylinder vertauschen mußten. Der bezeichnendste Teil der Anklageschrift lautet: „Die Arbeit, die A. . . für den Betrieb leistet, ist absolut minderwertig und steht in keinem Verhältnis zur Beschäftigung, der Angestellte ist ein Mann, der der Arbeit gemohnheitsmäßig aus dem Wege geht.“ Weiter heißt es: „Er habe die ungebildeten Elemente der Arbeiter . . . ufm.“ Nachdem der Betriebsobmann nur das ausführte, was die Di-

rektion ständig von ihm verlangte, nämlich mitzuwirken, um den Betrieb wieder emporzubringen, wird er als Faulenzer tituliert. Ausgenommen diesen zwei Marsjüngern blieb es vorbehalten, festzustellen, daß der Mann nach 15 Jahren ein Faulenzer ist. Daß eine solche Kampfmethode die Herren Aktionäre an ihrem Geldbeutel sparen werden, steht für uns außer allem Zweifel. Wir gratulieren dem Arbeitgeberverband für den Industriebezirk Karlsruhe für seine energische Interessensvertretung.

Turch den Kampf mit Amtsgericht, Gewerbegericht usw. wurde der Betriebsobmann müde und so ging er auf ein Vergleich ein, der ihm ein paar tausend Mark einbrachte, aber immer noch die Frage offen ließ, ob die Arbeitgeber das Betriebsrätegesetz, die nur ihre Pflicht für die Allgemeinheit erfüllen, sich aber bei der Industriegehaltigen mißliebigen machen, einfach auf die Straße gesetzt werden können. Das eine steht für uns fest, diese Frage muß auch in Karlsruhe aufgedeckt werden. Einer ist zur Strecke gebracht, dafür werden 10 andere seine Stelle einnehmen, und wer der Stärkere ist, wird die Zukunft lehren. „Recht erst recht“, muß die Parole bei den Betriebsräten lauten.

Generalversammlung der Bauarbeiter-Gesellschaft „Selbsthilfe“

Karlsruhe, 18. April.

Der Weg zur Sozialisierung führt über die Genossenschaft! Dieser Satz den unter jetziger Arbeitsumwitter Gen. Dr. Engler auf dem letzten badischen sozialdemokratischen Parteitag prägte, sollte für die Arbeiterschaft als Evangelium gelten. Aber leider wird der Wert der Genossenschaften von einem überaus großen Teil der Arbeiterschaft verkannt und oft gerade von denjenigen Arbeitern, die im Auge nach Sozialisierung nahezu heiser werden. Aber aus dem Geiste kommen sie nicht heraus, von Genossenschaften wollen sie herzlich wenig oder gar nichts wissen, sie erwarten wie der obrigkeitshaltige Epischer alles Gute nur von „Oben“.

Bei den Bauarbeitern hat erfreulicherweise die Bedeutung der Produktgenossenschaften — für die bekanntlich schon Laßalle mit aller Macht sich einsetzte — in der Gründung der Bauarbeiter-Genossenschaft „Selbsthilfe“ praktischen Ausdruck gefunden. Auch im Bezirk Karlsruhe greifen sie mit leiser Hand zu und handeln nach dem Grundsatz „Am Anfang war die Tat“, was das abgelaufene erste Geschäftsjahr, über das in der Generalversammlung am Sonntag im „Auerhahn“ in Karlsruhe berichtet wurde, bezeugt.

Der Vorsitzende Genosse Hoff führte eingangs seines Geschäftsberichts unter anderem etwa aus: Das, was die Bauarbeiter mit ihrer Genossenschaft begonnen, sei nicht nur Sache derselben allein, sondern der ganzen Arbeiterschaft. Aber die Unterhaltbarkeit der Genossenschaft müsse sich von dem Gegenteil dem Gegenteil her abheben. Die Entwicklung der Genossenschaft nannte der Berichterstatter eine gute. Auch nur mit Verweigerung der Leitung an die Arbeit gelangt, sondern auch mit nützlichen Erörterungen. Die gute Entwicklung wurde sehr bezeugt durch, daß die Genossenschaft in der Person des Architekten Rudolph einen tüchtigen Geschäftsführer erhielt. Bezeichnend für die Karlsruhe'er Verhältnisse ist, daß zuerst Privat der „Selbsthilfe“ Arbeit übernahmen und nicht die Stadterwaltung, trotzdem Herr Bürgermeister Schneider bei der Gründungsversammlung die Gründung im Interesse der Allgemeinheit begrüßte. Daß die Genossenschaft nicht nur billiger, sondern auch solider und besser als die Privatunternehmer arbeitet, beweisen die Anerkennungen ihrer bisherigen Auftraggeber, die der „Selbsthilfe“ das allerbeste Zeugnis ausstellen. Überaus groß waren die Schwierigkeiten, die die Genossenschaft zu überwinden hatte, vor allem in der Beschaffung der Mittel. Besonders die Stadterwaltung Karlsruhe hütet ängstlich die „Urtatlichkeit“, doch viel schlimmer steht es beim Staat. In manchen Bauämtern ist die Rücksicht auf das Privatunternehmertum größer als auf die der Arbeiter, denn trotzdem die „Selbsthilfe“ besser und stiller arbeitet als die Privatgeschäfte, erhalten letztere die Arbeit. Auch im Tagobn führt die Genossenschaft ihre Arbeiten stiller aus, als der Privatunternehmer, denn sie verlangt nur 25 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn gegenüber 45—50 Prozent der Unternehmer. Trotzdem das so Staat und Gemeinden hunderttausende von Mark dadurch ersparen könnten und alle Bauherren davon Kenntnis haben, lassen diese fast gar keine Arbeit von der „Selbsthilfe“ im Tagobn durchführen. Auch die verächtlichen Betriebsräte könnten mehr für die Genossenschaft tun bei Bekämpfung von Bauarbeiten in ihren Betrieben.

Als wichtiges Ergebnis ist die Entlassung der Baupreise infolge der Tätigkeit der „Selbsthilfe“ zu verzeichnen. Vom letzten System, das die Stadterwaltung bei Arbeitsübergebung anwendet, führen sich die Unternehmer recht wohl. Anderwärts arbeiten dieselben billiger als bei der Stadt.

Das Verhältnis zu den Bauunternehmern hat verschiedene Veränderungen zu verzeichnen. Zuerst amüßerten sich die Unternehmer in ihrer Frühstundstunde über die „Selbsthilfe“ in der Hoffnung, daß sie bald wieder verdrängt werden würde, versuchen sie dieselbe durch allerlei Mittel zur Strecke zu bringen. Doch auch diesen Ansturm werden die Bauarbeiter abzuwehren wissen.

Auch eine räumliche Ausdehnung hat die Genossenschaft erfahren, denn in Württemberg wurde eine Zweigstelle ins Leben gerufen, die sich trotz der Schwierigkeiten durch die Unternehmer günstig entwickelt.

Der Gesamtumsatz der Genossenschaft beträgt 1 175 000 M., die Mitgliederzahl beträgt 642. An Reingewinn sind 118 881 M. zu verzeichnen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Gen. Böpel, berichtete sodann kurz über die Tätigkeit des Aufsichtsrats, worauf in die Diskussion eingetreten wurde. In derselben wurde die Tätigkeit der Leitung vollumfänglich anerkannt, sowie manche neue Anregungen gegeben. Für die sozialdemokratische Rathausfraktion sprach Gen. Scherz, der der Genossenschaft die weitgehende Unterstützung der sozialdemokratischen Partei, insbesondere deren Eintreten auf dem Rathaus zusicherte. Gen. Thomas wünschte mehr Unterstützung der Genossenschaft durch alle im Württemberg Beschäftigten, Techniker wie Arbeiter. Gen. von der Berg stellte bessere Unterstützung durch die Arbeiter in Aussicht. Zum Schluß sprach noch Gen. Hoff als Beauftragter des Gewerkschaftsrates, das die Bestrebungen der „Selbsthilfe“ weitgehend fördern werde.

Ein Antrag, Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen, fand einstimmige Annahme, ebenfalls wurde die Bilanz einstimmig genehmigt. Die Verteilung des Reingewinns fand nach kurzer Debatte nach dem Vorschlag des Aufsichtsrates seine Entschiedenheit, u. a. sind 50 Proz. für soziale Zwecke bestimmt, so erhält z. B. die Karlsruhe'er Kinderdankkommission für Ferienbesuchung 2000 M. und der Verband badischer Bauarbeiter 1000 M.

Die Wahlen zum Aufsichtsrat gingen schnell vonstatten, indem die alten Mitglieder wieder, und anstelle des von hier fortgezogenen Mitglieds Dr. Kampfmeyer Gen. Bruber-Kajstall gewählt wurde.

Hierauf war die Tagesordnung erledigt und Vorsitzender Gen. Böpel omnte die recht gut verlaufene Generalversammlung schließen mit dem Wunsch, daß die Bauarbeiter auch im neuen Geschäftsjahre alle Kräfte anspannen, damit die „Selbsthilfe“ einen noch erfreulicherem Aufstieg nehmen möge, nicht nur zum Nutzen der Bauarbeiter, sondern auch der Allgemeinheit! Nun, Glückauf im zweiten Geschäftsjahr!

Berichtszeitung Schwurgericht Karlsruhe

In der Verhandlung gegen die Ehefrau des Reichwehronteroffiziers Kowallik geb. Kurde und die Ehefrau des Schneiders Ernst Gelau wegen Mordes wurde Montagabend das Urteil gefällt. Es lautet auf je 12 Jahre Zuchthaus für beide Angeklagten und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre.

§§ Karlsruhe, 19. April. Der 11. Fall der Schwurgerichtsperiode betraf die Anklage gegen den Dandier Ludwig Lampert, Emil Entl aus Mannheim und dessen Ehefrau Johanna Entl geb. Riehl aus Wiesberg wegen

Tatbestand

und Beihilfe dazu. Die Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen ergab folgendes Bild: Entl ist im Jahre 1872 geboren und erlernte nach seiner Schulentlassung das Tischlerhandwerk. Später wurde er Hilfsarbeiter und schließlich Händler und Schausteller auf Jahrmärkten. Im Jahre 1909 heiratete er seine jetzige Frau, die zwei Kinder mit in die Ehe brachte und außer diesen noch fünf andere vordemlich geboren hatte, die aber bereits gestorben sind. Die Ehefrau Entl ist wegen Diebstahls verurteilt, der Ehemann hat sich dagegen gut geführt. Während des Krieges wurde Entl zum Heeresdienst eingezogen und in der Zeit seiner Abwesenheit lernte die Frau Entl an ihrem Wohnort in Forstheim den am 10. Mai 1877 in Karlsruhe geborenen Tagelöhner Leonhard kennen, der in der gleichen Fabrik arbeitete, wie Frau Entl. Leonhard wurde in die Entliche Wohnung als Untermieter aufgenommen und erhielt aus der Frau Entl gegen eine entsprechende Vergütung die Verpflegung. Leonhard war ein häufig vorbestrafter Mensch, seine Strafliste enthielt 28 Einträge wegen Diebstahls, Landstreicherei, wegen zahlreicher Diebstähle, eines Sittlichkeitsverbrechens, wegen Widerstand und Bedrohung; auch soll er eine Zeilang in der Fremdenlegation geübt haben. Als Entl wieder nach Hause zurückkehrte, blieb Leonhard auch weiter der Untermieter der Familie Entl. Am 19. Januar kam es nun zwischen Leonhard und Entl zu einem folgenschweren Zusammenstoß. Die Ehefrau Entl waren in einer Wirtschaft gewesen und Leonhard erzählte dann im Anschluß an diesen Wirtschaftsbesuch, daß Frau Entl in der Abwesenheit ihres Gatten von den andern Gästen herabgezogen worden wäre. Vielleicht infolge dieser Behauptung, vielleicht auch aus einem andern Grunde verbot Entl dem Leonhard sein Zimmer wieder zu betreten und verriegelte das Zimmer des Leonhard von innen. Darauf ging Leonhard fort und holte den Polizeiwachmeister Buchs. Buchs ging voraus in die Wohnung und Entl kam aus der Wohnung heraus und setzte sich sofort in die Postur des Anzeigers. Als er aber sah, daß sein Gegner in Begleitung eines Polizeibeamten war, unterließ er einen Angriff, die Frau Entl beschimpfte jedoch den Leonhard. Als Entl dann gegen den Leonhard lächeln werden wollte, wurde die Ausübung dieser Absicht durch den Polizeibeamten verhindert. Nachdem der Polizeibeamte die Entliche Wohnung verlassen hatte, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Leonhard und Entl, bei der die Türöffnung der Küche eingetreten wurde. Entl behauptet, dies sei von Leonhard von außen her geschähen, es ist jedoch möglich, daß Entl dies von innen her befohlen hat. Als Leonhard von Entl auch weiterhin nicht in sein Zimmer eingelassen wurde, ging Leonhard auf die Straße und trieb sich um das Haus herum und verübte einen solchen Lärm, daß er von Passanten zur Hilfe herbeigeholt wurde und als dies nichts half, eine tödliche Wunde erlitt. Entl bot seine Frau, ruhig zu bleiben und diese legte sich ins Bett. Am nächsten Morgen erschien Leonhard wieder und verlangte Entlassung in die Entliche Wohnung, um seine Kleider zu holen. Entl ließ ihn nicht herein, weil er sich vor ihm fürchtete. Leonhard drang trotzdem in die Wohnung ein und hatte angeblich einen Nadelstich erlitten. Nun entspann sich zwischen Entl und Leonhard ein Kampf um diesen Nadelstich und im Verlaufe dieses Kampfes rief Entl seiner Frau zu, sie solle ihm ein Weil bringen. Frau Entl kam diesem Verlangen nach und Entl schlug damit dem Leonhard nach dem Hinterkopf. Offenbar hatte sich Leonhard leicht in Abwehr dem Entl gegenüber gefunden. Nach dem Gutachten des Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Rener-Forsheim ist der Schlag von Entl hinter dem Rücken des Leonhard geführt worden. Der Kopf des Entl zeigte zwei Wunden an der rechten Seite des Hinterkopfes. Ob diese Verwundungen von einem oder von zwei Schlägen herrührten konnte nicht festgestellt werden. Die eine Wunde zeigte eine Knochenverletzung und bei der Zerkleinerung ergab sich noch eine Verletzung der Hirnhaut. Die Knochenverletzung ließ sich erklären durch einen wuchtigen Stoß mit dem Weile auf den Hinterkopf. Ueber die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten Entl bemerkte der Sachverständige, daß der § 51 des St.G.B. nicht in Betracht käme. Der Tod Leonhards war zweifellos eine Folge der Verwundung durch Entl.

Die Geschworenen sprachen den Entl schuldig der Körperverletzung mit Todesfolge und beihilflich im milderen Umfange; Frau Entl wurde schuldig der Beihilfe zur Körperverletzung mit Todesfolge befunden, mildere Umstände wurden ihr nicht gewährt. Daraufhin verurteilte das Schwurgericht den Entl zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft und die Ehefrau Entl zu einem Jahr Gefängnis. Der Antrag des Ehemanns auf Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt.

Den Vorsitz der Verhandlung führte Landgerichtsrat Innerer, Vertreter der Staatsanwaltschaft war Staatsanwalt Dr. Würde, Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rander-Forsheim.

Kleine Nachrichten

Berlin. Aus den von der Interalliierten Kommission benutzten Räumen im Hause Ecke Budapester- und Bellecour-Straße haben Einbrecher heute nacht einen 1 1/2 Zentner schweren englischen Goldschatz, der 30 000 M. deutsches Geld und eine englische 50 Pfund-Note enthielt. Auf die Ermittlung der Täter ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Berlin. Nach einer Meldung der „Märkischen Zeitung“ legten in Ostpreußen alle Stadterordneten die bürgerlichen Parteien, der sozialdemokratischen und der unabhingigen Partei ihre Rechte nieder und erzwangen dadurch die Ausschreibung von Neuwahlen. Da die Kommunisten infolge der Verhaftung einiger ihrer Mitglieder wegen Beteiligung am Aufruhr nur noch elf Mitglieder zählen und zur Beschlußfähigkeit des Stadtparlaments 18 Stadterordnete gehören.

Breslau. Die in der Breslauer Metallindustrie Beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten haben heute Abend beschlossen, vom kommenden Mittwoch ab in den allgemeinen Ausstand zu treten. Es kommen bei diesem Streik ungefähr 3000 Angestellte in Frage.

Madrid. Nach einer Tagesmeldung wurden bei einem Augenzusammenstoß in Marcein (?) ein Zugführer getötet, zwei Wahnbeamt und 60 Reisende schwer verletzt.

Tuch-Ausstellung

in 8 Schaulustern mit Preisangabe ab 1. April 110, 120 M. Wilh. Wolf jr. 180, 100 M. Kaiserstrasse Nr. 82a Ecke Lammstrasse.

Aus der Gade

Forstheim, 19. April. Selbstmord? In der Nacht vom 17 auf den 18. April wurde von einem Stredewarter auf der Bahnhofsstraße in der Nähe des hiesigen Maschinenwagens eine männliche Leiche gefunden. Der Kumpel lag außerhalb und der Kopf innerhalb der Schienen. Es dürfte Selbstmord vorliegen. Nach den brieflichen Ausweitungen dürfte es sich um einen 18 Jahre alten Mann namens Fritz Langer aus Jansbach handeln.

Oberrhein, 19. April. Eine große Kundgebung für den Verbleib Oberdeutschens bei dem deutschen Reich fand am Sonntag nachmittag auf Veranlassung der Stadtverwaltung und sämtlicher Parteien auf dem Kirchplatz statt. Es hielten Ansprachen Reichsminister Dr. Brüning, Bürgermeister Dr. Reiff. Die Versammlung beschloss eine Resolution an den Reichskanzler zu senden, in der von der Reichsregierung die Ermächtigung angefordert wird, daß sie unbeantragt an der Unverletzlichkeit Oberdeutschens und an dessen Verbleib beim deutschen Reich festhält.

Philippburg, 19. April. Die am letzten Samstag hier vorgenommene Hauskassierung zugunsten der unglücklichen Brandgeschädigten in Sumthausen ergab die schöne Summe von 1558 M.

Rheinsheim, 19. April. In heiligem Ort haben es die Liebe zur das Rauchscheid abgeben. So wurde in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag wiederum in der Hauptstraße bei W. Beckermann eingetrocknet und auch dort sämtliches Rauchscheid gelöst. Die mit Hilfe eines Polizeihundes vorgenommene Sturz führt bis an den Rhein. Wahrscheinlich ist die Deute über den Rhein geschafft worden.

Ein Rauchscheid

Der N. Bod. Landesrat wird aus Frankfurt gemeldet: Der Anführer der aus dem Stlinger Lager entzogenen neuen Rauchscheid ist eine in Frankfurt bekannte Persönlichkeit, nämlich der ehemalige Kriegsminister Christian F. v. S. aus Griesheim bei Frankfurt. Er war Obmann der Rauchscheid in Frankfurt. Einmal Tages drang er in das stellvertretende Generalkommando ein, nahm einige Offiziere fest und inszenierte dann, als ihm der Boden zu heiß wurde, einen Vorüberlauf gegen sich selbst. Zum Schluß brachte er mit dem Gefolge aus einem Wohnstübchen zum Felten der Rauchscheid in Höhe von 25000 M. durch. Seitdem war er in Baden ergriffen und im Stlinger Lager interniert. Aus dieser Anstalt ist er nun ausgetrieben. Er wird jetzt samt seinen acht Genossen wegen Landfriedensbruch verurteilt.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 20. April

Geschichtskalendar

20. April, 1812 * Der Dichter Friedr. v. Schiller in Weimar. — 1871 * Der französische Revolutionär Pierre Leroux in Paris. — 1920 Alltagskonferenz von San Remo.

Karlsruher Parteivorschläge

Kreisverband des 5. Wahlkreises. Die Mitglieder des Kreisverbandes werden zu einer wichtigen Sitzung auf heute Mittwoch nachmittags 5 Uhr im bisherigen Tagungslokal eingeladen. Vollständige Erscheinung unbedingt erforderlich. Regier. Mittel- und Südwahlkreis. Heute Mittwoch, 20. April, abends 8 Uhr, in der „Krone“ Versammlung mit Vortrag des Genossen Koch über „Das Wohnungsproblem“. Auch wird die Beschäftigung des Bergwerks besprochen.

Den Revancheherrn

Was uns an Unklump Französisches Willkür sendet, Geir Wurze'graben an der deutschen Erde, Für deutsches Ehrgefühl die scharfen Streiche, — Ihr wäret Lumpen, wenn ihr nicht empfändet, Das meißt der Hof, der nur das Herz verkennt, Das einst uns führen soll zum Friedensreiche, Wo jeder sich vertage und vergleiche, Und aller Wälderhaber sei genedet. Uns war auch vordem Unklump aufgebürdet, Da mach'en Deutsche uns in Ohnmacht schrauben, Wenn harte Fäuste unser Selbst entwürdet. Wir werden heut genau wie einst behandelt, Der Quäler Name bloß hat sich gewandelt: Sie tragen Käppis jetzt statt Fiedelhauben.

Ferdinand Radlinger.

Disziplin

Ein verhaßtes Wort. Trotzdem mag ich es auszubringen. Denn es muß gesagt werden: wir müssen den Widerwillen gegen dieses Wort überwinden. Disziplin sowohl als Selbstzucht als auch Einordnung in die große Masse, als Massenzucht also muß uns verwachsen sein wie ein letzter Sinn, der uns dringend not tut, sollen wir im Leben bestehen.

Warum ist uns auch die Disziplin so verhaßt? Weil sie uns als etwas Fremdes von oben her brutal aufzuerzogen wurde, weil sie weniger uns, als den „Herren“ diente, weil der rüdenhafte Geist verneinte daß die Menschen der unteren Klassen Selbstzucht haben könnten. Darum drängen unsere Seelen nach dem gegenteiligen Extrem, der vollständigen Willkürfreiheit.

Selbstdisziplin ist die Vorbedingung der Massendisziplin, soll diese mit uns verwachsen und uns nützlich sein. Sie ist die einzige, aber unüberwindliche Waffe der Masse. Fest wie ein feuergehärteter Stahl muß das Proletariat zusammengeknüpft sein, ein Wille, ein Handeln, dann wird es eine reiche Ernte einheimen. Einer des andern Helfer und Diener. Millionen Menschen eine Kraft, dann ist diese Kraft so groß, daß ohne Heiner sie vergebens aus dem Wege zu räumen versuchen, daß sie auf den richtigen Weg gebracht lawinengleich vorwärts rollt, sich Bahn bricht.

Was aber sind wir, wenn jeder seinen Eigenwillen, seine unbeschränkte Freiheit durchsetzt, wenn keine Selbstzucht, kein Einordnen in die Masse unter Zurücklegung der trennenden persönlichen Wünsche in uns ist?

Dann sind wir Millionen Menschen, dem Kapital Millionen willkommene Kräfte zum Ausrauben, dann sind wir Millionen Kräfte, die sinnlos gegeneinander arbeiten. Dann sind wir jeder seinen eigenen, die einen Kirchbaum geblüht haben, von denen jeder hochgerig seine Kirchen im Schnabel die Schar verließ, um seinen Raub in einen entlegenen Schwundwinkel zu verbergen, und denen von einer Kräfte einen nach dem andern die Deute abgejagt wurde, mit argem Gerumpel.

Darum Genossen, brechen wir das Wort ruhig aus und hole jeder bei sich selbst Disziplin, unter uns Massendisziplin. Dann sind wir eine Macht, geachtet und gefürchtet, sind wir eine Lawine, die alles mit sich reißt wohin sie will!

Fiskus Darm. Die außerordentlichen Darstellungen des Fiskus Darm geben alljährlich eine weitestgehende Übersicht über den Finanzstand der Stadt Darmstadt. Die Darstellungen sind in drei Abteilungen gegliedert: 1. Die Einnahmen, 2. Die Ausgaben, 3. Die Vermögensgegenstände. Die Einnahmen sind in drei Hauptgruppen unterteilt: 1. Die Steuern, 2. Die Gebühren, 3. Die Beiträge. Die Ausgaben sind in zwei Hauptgruppen unterteilt: 1. Die laufenden Ausgaben, 2. Die außerordentlichen Ausgaben. Die Vermögensgegenstände sind in zwei Hauptgruppen unterteilt: 1. Die öffentlichen Vermögensgegenstände, 2. Die privaten Vermögensgegenstände. Die Darstellungen sind in drei Abteilungen gegliedert: 1. Die Einnahmen, 2. Die Ausgaben, 3. Die Vermögensgegenstände.

Zur Errichtung des Meldeausrechnungsbüros schreibt uns die Melde- und Anzeigenerziehung: Wieder ein neues Büro zur Ausrechnung der Miete von der Stadt errichtet. Die Miete müssen auch diese Institution das größte Vertrauen entgegenbringen. Bis jetzt haben alle eingereichten Zustellungen und Büros in mindestens 90% zu Gunsten der Hauseigentümer umgeändert und es wird es auch hier wieder sein. Die Miete sollen alle Forderungen der Hauseigentümer ablesen und Entschädigung des Einigungsamtes nach amtlicher Einschätzung verlangen. Die Beschlüsse des Stadtrats entnehmen jeder rechtlichen Grundlage und sind die ausgegebenen Berechnungsformulare auf fasslicher Weise ausgearbeitet. Darmstadt, heute in die Melde- und Anzeigenerziehung! Nur Massenorganisation kann den Mietern zu ihrem Rechte verhelfen. Anmeldungen zur Organisation im Büro Morgenstraße 51, part.

Eine Karlsruher Festwoche. Die badische Woche soll in diesem Jahre unter dem Namen „Karlsruher Festwoche“ neu erscheinen. Ein vorbereitender Ausschuss ist bereits zusammengestellt und hat in mehreren Sitzungen die Grundzüge der im

September stattfindenden Festwoche festgelegt. Die Mitwirkung der Künstlerchaft und des Theaters ist gesichert. In der Zeit vom 25. September bis 2. Oktober ist eine Theaterwoche vorgesehen bei einer Reihe von sportlichen Veranstaltungen voranzugehen sollen.

Der Badische Landesverband zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der sich kürzlich hier unter dem Vorsitz des Herrn Geheimrat Dauer gegründet hat, weist auf die in diesem Semester in der Volkshochschule stattfindenden Vorträge seines Schriftführers Generaloberarzt a. D. von Reuß über das Geschlechtsleiden und seine Gefahren hin. Es sollen einen geschlechtlichen Kurs darstellen, der in dieses wichtige Gebiet eingeführt und dabei besonders für alle die von Interesse ist, denen die heranwachsende Jugend am Herzen liegt, also Lehrer, Lehrerinnen und Krankenschwestern aber auch für weite Kreise des Volkes Belehrung bietet. Der Kurs beginnt Mittwoch, den 20. April halb acht Uhr in der Technischen Hochschule, Hörsaal 5.

Verbandsbank Karlsruhe e. G. m. b. H. Die ordentliche Generalversammlung fand am 8. April d. J. im Eintrachtsaal unter dem Vorsitz des Verbandsdirektors Adolf Wälder statt. Nach einer genauen Schilderung der Geschäftstätigkeit im vergangenen Geschäftsjahre durch Direktor Witt und dem anschließenden Prüfungsbericht des Aufsichtsrats-Vorsitzenden wurden die Anträge der Verwaltung, insbesondere die Vergütung einer Dividende von 6 Prozent auf die Geschäftsguthaben einstimmig genehmigt. Die turnusmäßige aus dem Aufsichtsrat auscheidenden Herren Ferd. Földt, Maurermeister, Otto Fischer Kaufmann und Dr. Ernst Salzer, Rechtsanwalt, wurden wieder gewählt.

Der Grund- und Hausbesitzerverein erlucht uns, auch an dieser Stelle auf seine Mitgliederversammlung aufmerksam zu machen. Näheres ist aus dem Inserat zu erfahren.

Land-Theater. Kurt Geudes fünftägige Tragödie „Sebastian“ erlucht am Donnerstag, den 21. April, im Landestheater ihre hiesige Aufführung. Damit soll eine dramatische Dichtung erneuert Leben geführt werden, die nach tiefgehendem Erfolge ihrer Aufführung am Dresdener Hoftheater der neueren Zeit herrschenden feindseligen rein naturalistischen Aufführung weichen mußte. Die Wiedergabe des Werkes stellt große Ansprüche. Ueber vierzig Sprechrollen zählt das Verzeichnis der handelnden Personen, der gesamte Spielplan ist weitgehend betrieblig und eine zahlreiche Statistiker wird verlangt. Die neuen Bühnenbilder sind hergestellt unter Leitung von Emil Vullard. Die Inszenierung des Werkes liegt in den Händen von Felix Baumbach. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Maria Lorenz-Höllischer hat nach kurzem Engagement in Wiesbaden ihren Posten in Karlsruhe gemessen, von wo aus sie sich vorerst der Gostspielertätigkeit widmen will. Für mehrere Wochen im März und April d. J. war die Künstlerin als Gast an die Wiener Staatsoper verpflichtet; sie sang daselbst mit durchschlagendem Erfolge die drei Brünnchen, die Citrud, Conizza Adrijana von Sobo und zum Schluß die Holde unter Leitung von Richard Strauß.

Letzte Nachrichten

Die gewerkschaftlichen Grundzüge zur Reparationsfrage

„Vorwärts“ und „Freiheit“ veröffentlichen die Leitfäden über die Reparationsfrage, die der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Reichsregierung unterbreitet hat. Es werden darin neue Anregungen über den Wiederaufbau Frankreichs gefordert, die der französischen Regierung sofort zu machen seien. Mittels einer großen internationalen Anleihe soll die Finanzlamaität Frankreichs und Belgien gelindert werden. In Ausführung der Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Antwerpen soll ein internationales Reparationsinstitut gebildet werden, dem das Studium der technischen Organisation und die allgemeine und finanzielle Verwaltung der Wiederaufbauarbeiten zu übertragen ist. Der eigentliche Wiederaufbau soll unter Beteiligung deutscher Arbeitskräfte geschehen.

Italienische Wahlpropaganda

Wien, 19. April. Die Wahlpropaganda hat in der Provinz einige Zwischenfälle herangezogen. Bei Bolso (?) feuerten Legisten auf Faschisten, die das Feuer erwiderten. 4 Personen wurden getötet, einige verwundet. Die Legisten zerschmetterten Leitungsdraht der elektrischen Beleuchtung. In Compi Espenoz gab es bei einem Zusammenstoß zwischen Legisten und Faschisten mehrere Tote.

Wiedergabe von Felix Mendelssohn-Bartholdys großem Violinkonzert sehr verdient.

Reformationsfeier. Der Tag von Worms jährte sich zum vierhundertsten Mal. Aus diesem Anlaß feierten die Evangelischen am Sonntag überall, wo Glaubensgenossen eine Gemeinde bilden, durch besondere Festgottesdienste und öffentliche Feiern diesen Tag, an welchen der einfache Mönch Martin Luther vor Karl V., dem Herrn der damaligen Welt, auf dem Reichstage zu Worms stand und ihm die weltbekannte Antwort gab: „So lern und will ich nicht widerrufen, weil es weder sicher noch geraten ist, etwas wider sein Gewissen zu tun. Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir. Amen!“ Und diese hochdramatische Szene hatte der Heidelberger Universitätsprofessor v. Schubert in den Mittelpunkt seines Vortrages gestellt, den er am Sonntag abend in dem überfüllten Festhallsaal in der Lutherfeier der Karlsruher Evangelischen Kirchengemeinde hielt. In großen, aber scharf gezogenen Zügen zeichnete er die politischen Verhältnisse jener Tage und ließ aus ihnen die Gestalt Martin Luthers herauswachsen. Leider blieben viele Worte infolge des häufigen, abgerissenen Sprechens in der zweiten Hälfte des Abends für viele unverständlich. Die Feier, welche einen erhebenden Verlauf nahm, wurde durch die vereinigten evangelischen Kirchenchöre (Leitung Heinrich Casimir), durch die Rezitationen des Oberregisseurs Baumbach und durch das verstärkte Harmonieorchester ausgefüllt. Durch die gemeinsamen Gesänge waren diese Stunden in eine Höhe emporgehoben, in welcher weniger die Begrüßungsansprüche, aber die Schlüsselworte nicht hinweggehört, da es hier nur einen Dank gibt, und der kann nicht in alltägliche Worte umgesetzt werden, denn er ruht still in tausenden von Herzen.

Marzell Salzer machte Dienstag abend unserer Stadt seinen üblichen Besuch. Und was er seiner hundert zählen den Schar Freunde und Freundinnen mitbrachte, war wieder gut und befriedigend allerseits. Die Eintracht war vollbesetzt, ein so seltener Anblick. Das tut gut, so mal zwei Stunden lang Sanktionen, Reparationen, Öbz, Kommunikationen und sonstigen „zeitgenössen“ Beschwernisse vergessen zu können und einfach nichts zu denken, nur lachen, gesehen zu werden. Herr Salzer dankt die Welt trotz ihrer gegenwärtigen Traurigkeit von ihrer heiteren Seite und seine Kunst ist es ja, Allem und Jedem immer noch eine heitere Seite abzugewinnen zu können. Und für diese Kunst darf ihm ehrlieh gedankt werden, denn wer sie genossen hat, trägt manches Schwere leichter.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Vollständiges Konzert der „Lassalla“

Das am Samstag im großen Saal unserer Festhalle stattgefundene Konzert der „Lassalla“ erhielt dadurch ein besonderes, schlicht-festliches Gepräge, daß es ganz auf den Grundton des Volksliedes abgestimmt war. In richtiger Erkenntnis hätte der neue Dirigent, Musiklehrer Karl Bier, auf dessen Tätigkeit wir unten zu sprechen kommen, eine Auswahl in den Chören getroffen, die in ihrer von feinem musikalischen Geschmaad zeugenden Art, geradezu vorbildlich genannt werden kann. Wiedererleben aus Volkes Mund und von Komponisten, die aus dem Volkempfinden heraus ihre wunderbaren Melodien niederschreiben, wechseln mit Sologefängen und Violinvorträgen. Nach dem würdigen erklingenden Sängerspruch erfuhren die „Lassalla“ von Konstantin Kreuser, der „Lassalla“ von Schau und der liebliche „Waldeszauber“ von Franz Abt eine außerordentlich feine, abgeklärte Wiedergabe. Wie hier die ganz trefflich gesungenen Sänger ihre nur scheinbar leichten Aufgaben bewältigten, mit welcher Aufmerksamkeit und Hingabe sie bei der Sache waren, verdient uneingeschränkte Bewunderung und vollste Anerkennung. Die vier Stimmen des 180 Sänger starken Chors sind fest zusammengeschweißt. Besondere Hervorhebung verdient die schon gepflegte, von mundartlichen Anklängen freie Aussprache und die Sicherheit der Einsätze; sie besonders lassen auf die gründliche, die kleinsten Einzelheiten kartlegende Methode des Dirigenten Karl Bier schließen. Vielleicht aber ist es bei diesem gut disziplinierten Chor möglich, das Gesamtanzugbild plastisch-geschlossener und in immer vielfachere Berechnung der Stimmführung zu bringen. Die vornehm geformte Auffassung des Chormeisters, der es verstand, durch manchen individuellen Zug vielen liebetrauten Liedern ein neues Gesicht zu geben, half den anschließenden Gesängen zu einem durchschlagenden Erfolge. Der Sänger aus Kurpfalz“ in der bekannten Bearbeitung von Obergraben und von Hugo Jünast „Das Obonische Ständchen“ wurden nachmals gefungen werden. Als Ueberleitung zu dem allseits mit Freunden erwarteten Ball durften natürlich die humorvollen Dialogstücke nicht fehlen.

Sehr sympathisch wirkte die Bekanntschaft mit der jungen Helena Roth von unserm Landes-Theater. Die schlicht auftretende Sängerin zählte in Gesängen von Franz Schubert, Peter Cornelius und Hindoth ihre klangvolle, schön geformte Sopranstimme. Mit der warmen-Fantastie für Violine und Klarinette und mit den kleinen reizenden Stücken hatte der ge-

schickte Herr Hans Grimme, den man in solchen Konzerten immer mit Freuden begrüßt, einen nachhaltigen Erfolg. Sehr geschmackvoll walt Musiklehrer Karl Bier am Fühel seines Amtes. Natürlich forderten die Hörer durch anhaltenden Beifall auch die Solisten zu Dreingaben auf.

Vollständiges Konzert für die Volkshöhne. Wieviel Erhebung haben sich die Steuerleute der Volkshöhne mit ihren Konzerten gesammelt, um dem einfachen Mann, der einfachen Frau, die nach des Tages Art und Arbeit zu ihnen kommen und sich ihrer Führung anvertrauen, Wege aufzuweisen, die in das Reich der jeweiligen Werke führen? Keine. Sonst könnten sie nicht die Rückseite des Programms als Reklameteil benutzen, sonst würden die Hörer dort Einführungen finden — die vermehrte „Erläuterungen“ — sonst wurden Karten und Programme zusammen ausgegeben und die Mitglieder hätten Zeit diese wegworfenden Worte in Ruhe zu lesen, und damit wäre die Grundlage des Verstandes, des geistig-ästhetischen Erfassens gelegt: Ein feines und leichtes Auhungsgefühl! Zu den ersten Volkskonzerten waren solche Einführungen gebräuchlich, aber sie lagen auf den Stühlen oder wurden durch Diener ausgegeben, also wenn es gut ging zwei oder drei Minuten vor Anfang anlesen. Und das Resultat? Fast Null; denn nicht einige Minuten, sondern einige Tage zuvor gehörte sie den Mitgliedern der Volkshöhne und nur auf diesem Wege kann diese Einrichtung segensreich werden. Darüber sind wir uns doch hoffentlich einig: diese Abende sollen die Werke unserer Meister Gemeinut unseres Volkes werden lassen. Es ist nicht das erste Mal, daß solche Gedanken hier stehen. Im letzten Jahre schrieben wir: Man muß unserm Volke, d. h. dem Werkmann, der Werkfrau, in dieser Beziehung mehr als auf dem halben Wege entgegenkommen! Wenn das nicht möglich ist, dann begreife man die Konzerte „Für die Volkshöhne“, dann sind sie unfruchtbar, totgeboren. Die Rechenenden, die Empfangenden, sind guten Willens, haben zum beweisen das Bestreben mit Herz und Sinn dabei zu sein, das beweist der gute Besuch und die Ruhe! Sind es die Steuerleute der Volkshöhne auch? Wägen sie uns ja nicht mit „Leichtverständlichkeit“ kommen.

Als Konzertdirigent begegnete man Wilhelm Schweppe erstmals. Seine Direktion hinterließ Eindrücke von erster Art, jedoch man ihm gerne wieder im Konzertsaal begegnen. Wenn folgte ihm unser Theaterorchster, welches wieder seine bewundernde Klangkraft brachte. Frä. Amalie Klose spielte ein Klavierkonzert von G. M. v. Weber mit guter pianistischer Kunst, und Emil Wilmersbach machte sich durch die schon angelegte

machte werden, zeigen, daß die Mehrzahl der Bergarbeiter entschlossen ist, auf einer Regelung der Lohnfrage durch einen finanziellen Ausgleich zu bestehen.

Kohlennot in England

London, 19. April. Wie aus Koll gemeldet wird, ist die Kohlenmenge, die den Fischdampfern geliefert wird, auf ein Viertel herabgesetzt worden. Infolgedessen liegen 108 Fahrzeuge in den Docks. Ihre Zahl nimmt ständig zu.

Proteststreik gegen Beschlagnahme

Berlin, 19. April. Wie die unabhängige Potsdamer Freiheit meldet, haben die Potsdamer Betriebsräte der städtischen Arbeiter beschlossen, daß, wenn die auf den städtischen Gebäuden wehenden Fahnen anlässlich der Beschlagnahme der früheren Kaiserin nicht in kurzer Zeit eingeholt sind, die Arbeiter in einen 24stündigen Streik eintreten würden.

Kommunistenverhaftungen in Berlin

Berlin, 19. April. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ mitteilt, ist der Vorsitzende des K.P.D. Brandier auf Verleib des Staatsanwalts heute nacht in seiner Wohnung verhaftet worden. Zwei andere Kommunisten, die als Gäste bei ihm weilten, wurden ebenfalls festgenommen. Auch der Kommunist Sievers ist der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge verhaftet worden.

Lohnherabsetzung in der Schweiz

Büsch, 19. April. Das Kartell der Metallindustriellen hat beschlossen, die Teuerungszulage der Arbeiter um 50 Prozent herabzusetzen. Das sozialdemokratische „Volksrecht“ hat den Kampf der Arbeiterklasse gegen diese Lohnherabsetzung angeleitet.

Das Urteil im Sieges-Säule-Prozess

Berlin, 20. April. Von den elf Angeklagten in dem Prozess wegen des Attentats auf die Sieges-Säule wurden die Angeklagten Baumhach, Lenz und Wolf freigesprochen. Die Angeklagten Kranz und Kaminiski erhielten Gefängnisstrafen von je sechs Monaten. Die Angeklagten Merz, Kallmann, Schurgenhals und Möring wurden je sechs Monate in den KZ-Häusern und zehn Jahre Ehrverlust und die Angeklagten Mibet und Kaumann zu je sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vor dem 1. Mai

Die politischen, parlamentarischen und journalistischen Vorarbeiten für den weiteren Vormarsch am 1. Mai

In Frankreich arbeitet man mit Nachdruck an den Vorbereitungen für den weiteren Vormarsch am 1. Mai. Die Regie klappert ausserordentlich. In der Kammer finden wichtige Erörterungen statt, die mit dem beabsichtigten Schritte Frankreichs eng zusammen hängen, die gesamte französische Presse wird von Paris systematisch und raffiniert beeinflusst und auch in England scheint momentan die Stimmung stark vorbereitend zu sein, die die weitere Besetzung deutscher Gebiete billigt und neue Gewaltakte gegen Deutschland aufheißert. Am 1. Mai wird, wenn nicht vorher noch ganz außergewöhnliches sich ereignet, die harte Faust der Entente auf Deutschland niederfallen. Wir lassen die nachstehenden Meldungen folgen:

Eine Debatte über die befreiten Gebiete in der französischen Kammer

Paris, 19. April. In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer wurde die Beratung über die Ausgaben für den Wiederaufbau 1921 fortgesetzt, die von Deutschland zu zahlen sind. Man beschäftigte sich mit den befreiten Gebieten. Die ganze Sitzung wurde mit einem Bericht des Abgeordneten Labignie ausgefüllt, der sich nicht nur über die befreiten Gebiete, sondern auch über die befreiten Gebiete in den Departements, den Kommunen und Privatpersonen angelernten Schäden beliefen sich auf 34 655 000 000 Franken im Werte von 1914. Im Ganzen seien bis jetzt ausgegeben 20 964 000 000 Franken, davon habe man 15 Milliarden in natura und Geld bezahlt. Der Wiederaufbau habe im Ganzen durchschnittlich

etwa fünfmal soviel gekostet wie der Wert der Objekte im Jahre 1914. Die Industriellen haben ihre Schäden bis zu 85 Prozent wieder gut gemacht. Der Abg. Geysser erklärte, Frankreich habe in den befreiten Gebieten eine ungeheure Anstrengung gemacht. Städte wie Arras und Amiens hätten ihre normale Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Bewohner im Norden verlangten Sanktionen. Die Mitarbeit der deutschen Arbeiter für den Wiederaufbau der Minen könne aus moralischen und wirtschaftlichen Gründen nicht angenommen werden; die Bewohner des Nordens wollten diese Güter nicht. Die Arbeiter fehlten nicht, es gäbe Arbeitslose genug in Frankreich, und wenn Arbeiter wirklich verlangt werden müßten, werde man sie in Italien, Belgien und England anfordern, deutsche Materialien werde man dagegen gerne entgegennehmen.

Es seien noch 26 Milliarden zu reparieren, die bei einem Koeffizienten von 4: 104 Milliarden ausmachten. Da man annehmen könne, daß 10 bis 15 Jahre für den Wiederaufbau notwendig seien, könne mit einer Verringerung des Koeffizienten gerechnet werden. Der Berichterstatter würde einen Koeffizienten von 3/4 für gerät halten. Man könne also dann auf etwa 80 Milliarden. Diese Summe müßte als Maximum gelten.

Im Laufe der Debatte ergriff Minister Loucheur das Wort, um die bis jetzt vorgebrachten Wünsche der verschiedenen Redner zu beantworten. Loucheur sagte, Frankreich habe nichts zu überlegen. Es könnten wohl beim Wiederaufbau Fortschritte gemacht worden sein, aber bei einem Wert von so hohem Umfang sei das nicht zu vermeiden gewesen. Das Wert, das Frankreich in den befreiten Gebieten vollbracht habe, sei ungeschwächt. Er erinnere daran, daß von 4 700 000 Einwohnern 1 100 000 in ihre Heimat zurückgekehrt seien, daß 100 000 Personen angeworben seien, in Holzbaracken zu wohnen. Der Minister erklärte, daß 15 Milliarden notwendig seien, um die Bergwerke in Stand zu setzen, damit sie auf die Vorkriegsförderung gebracht würden, die 18 Millionen Tonnen jährlich beitragen würde. Für das Jahr 1921 sei man auf eine Förderung von 4 Millionen Tonnen gelangt. Für den gesamten Wiederaufbau seien 80 Milliarden im Ganzen notwendig. Wenn Deutschland Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete stelle, dann soll es sie in den Bergwerken arbeiten lassen, damit Frankreich Kohlen erhalte, durch die es die erforderlichen Materialien für die befreiten Gebiete herstellen könne. Der Minister sprach alsdann von der Unterstützung, die Frankreich für seinen Wiederaufbau erhalten habe und erklärte, daß etwa 8 300 000 Franken aus dem befreiten Gebiet zurückgeführt worden bis jetzt zurückgeführt seien und daß man verusche, noch für eine Milliarde Gegenstände zu erhalten. Alsdann sprach der Abgeordnete Votroz von den deutschen Viehlieferungen. Minister Loucheur erklärte hierauf, die deutsche Bevölkerung seien angeworben. Die Deutschen sprächen von 22 Milliarden Lieferungen, während es sich kaum um 8 Milliarden handele. Sie berechneten den Wert des geliefertem Viehes mit 80 Millionen, während es sich um 40 Millionen handele. Deutschland hätte das Zaargebiet auf 1200 Millionen geschätzt, während alle Sachverständigen es nur auf 400 Millionen geschätzt hätten. Die weitere Beratung wurde alsdann auf Mittwoch vertagt.

Die militärischen Vorbereitungen

Paris, 19. April. Eines meldet: Bei Schluß der Sitzung, die am 19. April im interalliierten Oberbefehlshaber stattfand, hat ein sehr bekannter Sachverständiger Marcel Hulin folgende Mitteilungen gemacht: Es ist zu ziemlich wahrscheinlich, daß die Militärvorbereitungen gegenwärtig es nicht nötig haben werden, zur Mobilisation des Jahrganges 1918 zu übergehen, da man der Überzeugung ist, daß der Jahrgang 1919 zur Erreichung der geltenden Ziele durchaus genügen wird. Durch den Zutrom des Jahrganges 1919 werden unsere Truppen der Rheinlandarmee zwecks Durchdringung der geplanten Umschnürung des Ruhrgebietes um etwa 200 000 Mann verstärkt werden, denen es an Offizieren nicht fehlen wird, und diese Bestände dürften für den Augenblick mehr als genug sein. Der Sachverständige bemerkt dazu, daß der auf diese Weise gegen Deutschland ausgeübte Druck nach der Überzeugung aller so hart sein werde, daß es möglich sein werde, die Soldaten des Jahrganges 1916 drei Monate nach ihrer Einberufung wieder zu entlassen. Die Einberufung des Jahrganges 1919 dürfte jedoch nicht vor dem 1. Mai stattfinden und wird auf jeden Fall erst im kommenden Monat erfolgen. Die einjährige Einberufung des Jahrganges 1919 wird für alle ohne Ausnahme gelten; es wird keine Ausnahme gemacht werden, höchstens vielleicht für die Landkute aus den befreiten Gebieten.

Die Rolle Lloyd Georges

London, 19. April. (W. B. F.) Im Unterhaus stellte Kenworthy die Frage, ob die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf die Erklärungen Briands im französischen Senat gelenkt worden sei, daß die französische Regierung die Absicht habe, nach dem 1. Mai Gewalt gegen Deutschland anzuwenden; ob britische Truppen sich an diesen neuen Demonstrationen beteiligen würden und ferner, ob weitere britische Truppen für das Befehungsbeer benötigt würden; ob noch eine Beratung der Alliierten vor dem 1. Mai stattfinden werde, und wenn ja, wo; schließlich, ob die deutsche Regierung irgend ein neues Angebot betreffs der Reparationen gemacht habe.

Lloyd George erklärte in Beantwortung dieser Fragen, die deutsche Regierung sei ihren Verpflichtungen bezüglich der Reparationen, der Aburteilung der wegen Verbrechen gegen die Gerechtigkeit des Krieges beschuldigten Personen und der Entlohnung immer noch nicht nachgekommen. Sie habe bisher keinerlei Reue gezeigt, praktische Vorschläge zur Durchführung des Vertrages von Versailles mit Bezug auf diese Frage vorzubringen. Unter diesen Umständen sei es gebieterische Notwendigkeit, daß die Alliierten mit Bezug auf die weiteren Schritte berieten, die vielleicht notwendig würden, um die Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages zu erzwingen.

Den Wegwood fragte darauf, ob die Ansicht des Unterhauses eingeholt werden würde, bevor irgend eine endgültige Zustimmung Großbritanniens zur Besetzung weiteren deutschen Gebietes erteilt werde. Lloyd George erwiderte, das Unterhaus könne die Erörterung zu jeder gewünschten Zeit haben.

Kenworthy fragte nun noch einmal, ob eine Beratung der Alliierten noch vor dem 1. Mai stattfinden werde und ob britische Truppen in dieser Frage in Tätigkeit treten würden. Lloyd George erklärte, er wisse nicht daran, daß noch ein Gedankenaustausch vor dem 1. Mai stattfinden werde. Jedoch fragte, ob es sich nur um einen Meinusaustausch handeln werde oder ob eine ausgesprochene Konferenz zwischen England und seinen Alliierten borgegeben sei, und wenn ja, ob sie vor dem 1. Mai stattfinden werde und zwar wann und wo. Lloyd George erwiderte: Ich möchte diese Fragen nicht beantworten. Ich glaube, es muß dem Ermessen der Regierung überlassen bleiben, welches die beste Methode ist, um mit unseren Alliierten Meinungen auszutauschen.

Nach verschiedenen weiteren Fragen der Abgeordneten erklärte Lloyd George zum Schluß: Wir werden handeln in der Voraussetzung, daß das britische Volk die Erfüllung des Vertrages von Versailles erzwingen sehen will. Wenn das Unterhaus anderer Ansicht ist, so sieht es ihm jederzeit frei, Vorstellungen zu erheben.

Valuta-Bericht vom 19. April

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 9.17% Cts. Auszahlung Holland notierte 21.90 M per fl. Auszahlung Schweiz notierte 10.91 M per schw. Fr. Auszahlung England notierte 248.25 M per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 4.82 M per frz. Fr. Auszahlung Neuport notierte 63.20 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 20. April 1921

Vorausichtige Witterung bis Donnerstag nacht: Meist heiter, trocken, allmähliche Erwärmung (auch nachts wärmer), auch für Freitag te ne Aenderung.

Wasserstand des Rheins

Schifferstel 48 Ptm. Sehl 148, gest. 5 Ptm. Maxau 291, gest. 10 Ptm. Manheim 160, gest. 6 Ptm.

Schiffverehrung: Georg Schöpslin, Verantwortlich: für Anzeilen, politische, literarische und sonstige Nachrichten Hermann Stadel; für politische, literarische und sonstige Nachrichten Hermann Winter; für Anzeilen, politische, literarische, soziale, wirtschaftliche, Genossenschafts-, Vereins-, Jugend- und Sport, Kreislagen Josef Pfeifer; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wird in 4 Stellen mit 1.00 die Stelle mit 1.50 die Stelle (Verantwortungsbefugnisse finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme). Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abt. Oststadt.) Freitag abend nach dem Turnen Abteilungsverammlung im „Georg Friedrich“ 8839

Vielleicht sind auch Sie bei Herstellung Ihres Hausgerätes mit einem Rohmaterial herangekommen und deshalb so mittraulisch? Wenn dies der Fall, dann lassen Sie sich meine neueste Broschüre mit Orig.-Anfertigungen kommen. - Viele täglich einlaufende Anfertigungen.

Robert Ruf, Ettlin von 58 Heidelberg-Berlin. Niederlagen in Karlsruhe bei: E. Deubler, Nachfolger, Brog, Angarten u. Emil Ruf, Hofstr. 90.

Kartoffeln markenfremd sind in kleineren Quantums in meinen Filialen, größ. Quantums in meinem Lager Fähringerstraße 42 44 erhältlich

Bucherer Telefon 392.

Auf meiner letzten Einkaufsreise hatte ich Gelegenheit, große Posten Damen-Konfektion zu erwerben, welche von heute ab zu ganz außerordentlich billigen Preisen zum Verkauf gelangen. 3842 Enorme Auswahl! Nur Qualitätsware!

Imprägnierte Mäntel, grau und sport, 130 cm lang	145.-
Covercoatmäntel, imprägniert, 130 cm lang	195.-
Popeline u. R'psmäntel, imprägniert, marine und buche, 130 cm lang	225.-
Halbseidene Mäntel, klein kariert, 130 cm lang	295.-
Seidene Mäntel, imprägniert, beste Schirmseide, grün, schwarz, mar., buche, lila	395.-
Kostüme, gemust. und einfarbige Stoffe 275.- u. marine, schwarz, lila u. grün Chevrot, Jacke auf Halbseide	175.-
Kostüme, reinw. Chevrot, schwarz, marine, lila, rot, Jacke ganz auf Halbseide	345.-
Kostüme, reinw. Gabardine, in allen Farben, Jacke ganz auf Halbseide	495.-
Mantelkleider, reinw. Kammgarn u. Chevrot, in viel. Farben, reich bestickt	7.50-295.-
Kostümstücke, gemusterte und einfarbige Stoffe	43.-

Seidene Strick-Jacken und Jumper neueste Formen und Farben in größter Auswahl. M. Schneider Inhaber: H. Kahl Erbprinzenstrasse 31, Ludwigsplatz.

Diwans neue, von 650 Mk. an. H. Köhler, Schützenstr. 25. Gebr. Velt u. Schrantzen abzugeben Fähringerstr. 21 im 2. Stod.

Kaufen Sie DIXIN von Henkel bestes Seifenpulver Preis Mk. 2.25 das Paket. Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Bestellung auf 8312 Kohlen Koks, Briquets, Brennholz werden von heute ab täglich von morgens 8 bis abends 6 Uhr, Samstag von 8 bis 2 Uhr ununterbrochen in meinem Büro, Kaiserstr. Nr. 118 II (Eingang durch den Glasabfuhr) entgegen genommen. J. Vogt Wwe. Nachf. Aug. Merkle Tel. 4789, Kaiserstr. 118. II. Tel. 4789. Ich bitte genau auf meine Firma zu achten.

Verlangen Sie überall RIEMPP ist geröst. Kaffee versch. Preislagen offen u. abgepackt Mischung mit 10-25-50% Bohnenkaffee 1/2 Pfd. Pakete. Kaffee-Zusatz beste Rohstoffe 1/4 Pfd. Pakete. CHRISTIAN RIEMPP KAFFEE-IMPORF-GROSSHÄNDLER COLONIALWAREN-GROSSHÄNDLER ESSENZ-EXTRAKT-FABRIK GEWÜRZMÜHLEN Sie erhalten Qualität!

Das Alleweiber-Rennen!

Gesangsverein „Freundschaft“ Karlsruhe.

Sonntag den 24. April 1921, abends 6 Uhr, im Festsaal zum „Friedrichshof“.

Frühlingsfest.

Samstag den 24. April 1921, abends 6 Uhr, im Festsaal zum „Friedrichshof“.

Monatlich-Bericht

Am Mittwoch den 20. April, abends 7/8 Uhr, findet im Reformvereinsraum Karlsruher, Kaiserstr. 30, eine Monatsversammlung mit Vortrag des Herrn Oberrechnungsrates Dr. Diehm statt.

Behördenmitteilung.

Im südlichen Waisenhaus, Schloßhofstr. 17, finden sich herrenlos: ein Schäferhund, männlich, ein deutscher Kurzhaar, männlich, ein Schäferhund, ml.

1 Fahrrad und 1 Paar gute Schuhe zu verkaufen. 3868 Karlsruher, 30, 4. St.

Für KÜCHE, HAUS u. GARTEN Billige Preise

Emalle: Nudel-fangen grau, 16, 18, 20, 22 cm. 7.25, 9.25, 10.75, 12.95. Schüssel ründ, 32 cm Stück 9.75. Spülwannen 36 cm Stück 23.50.

1 Posten Schrubber, 1 lbre Stück 4.50. 1 Posten Robhaar-Besen m. lack. Decke 3.50.

Porzellan: Tassen mit Untertassen weiss Porzellan, 1 Stück 2.95. Kaffeecanone m. Dekor, 1 Stück 3.50.

1 Posten Küchenstühle Buche, 1 Stück 31.50. 1 Posten Küchenstühle lackiert, 1 Stück 39.75.

Gartentisch, Eisen lack, rund 80 cm 75.-. Gartenmöbel, zum Zusammenklappen Sessel Bank Tisch 17x90 55.- 75.- 60.-.

Liegestühle o. Arm, 1 Stück 34.50. Liegestühle mit Arm, 1 Stück 42.75. Liegestühle mit Arm, 1 Stück 73.50.

Wirtschafts-Artikel: Besteckkasten, Buche, gewicht, 1 Stück 9.75. Kartoffelstampfer, Buche, 1 Stück 1.60.

Tisch mit Eichenplatte 52x85 195.-. Garnitur „Jenny“ weiss lackiert Sessel Bank Tisch 180.- 200.- 225.-.

Steingut: Gemüseschüsseln Satz 6 Stück 19.75 16.25. Porzellan-garnitur mit bl. Dekor, 16 teilig 135.-.

Blumengitter, auslebb, 8.75. Eis-u. Vorratsschränke in grosser Auswahl.

Sessel, ganz Weiss, Stück 85.-. Wolstrand-Sessel, Stück 130.-.

Wassergläser gepresst 2.25 1.95 1.45. Wein-echer Fasson 3.10 3.25. Likör-eckelchen 1/2 Liter 1.65.

KNOPF

Total-Ausverkauf Textilwaren - Schuhwaren. Unser Totalausverkauf währt nur noch kurze Zeit. Vorhanden sind noch: Frauen-Blauhemden, 1a Qual. 35.-.

Für Brautleute! Große Auswahl Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmer in verschiedenen Holzarten. 3722. Kücheneinrichtungen, Einzelmöbel, Betten etc. in sauberer Ausführung zu billigsten Preisen.

Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H. Wir bitten um Einreichung der Einlage- und Abschlags-zweck Abrechnung, wobei auch die Auszahlung der Dividende auf die vollen Geschäftsanteile erfolgt. 3838 Der Vorstand.

Grün- und Hausbesitzer-Verein Karlsruhe (e. V.) Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu der am Donnerstag, den 21. April 1921, abends 7/8 Uhr, im Festsaal: des Friedrichshof, Karlsruherstr. 28, stattfindenden

Berammlung Tagungsordnung: 1. Vortrag unseres Mitgliedes Herrn Rechtsanwalt Dr. Walter Weill über Einwohnereinkommen und Hausbesitz. 2. Vortrag des Herrn Oberrechnungsrates Kirch, über Hausbesitzverhältnisse und Baunotverfugung. 3. Allgemeines. Zur Deckung der Saalmiet wird ein Eintritt von 50 Pf für die Person erhoben. 3840 Der Vorstand.

Neu- u. Möbel Verkauf ohne Kauflang erlöhnt. Karl Rauch, Treberstr. 3.

Extra-Angebot so lange Vorrat reicht. 1 Posten weiße gemusterte 130 cm breite Bettwäsche 1a pr. St. 32.50. 1 Posten Bettstirn 13.-. 1 Posten Herren-Regenjacken p. St. 12.10.

Teigwaren u. Eier Gemüse-Konserven Butter u. Margarine L. Wittmann (vorm. Lieb) Waldhornstr., Ecke Kaiserstr. - Tel. 2563.

Kragen -Wäscherei Schorpp liefert schnellsten. Annahmestellen: Karlsruhe: Bernhardstr. 8, Kaiserstr. 34 u. 243.

Färbe zu Hause nur mit Heitmann's Farben Marke „Fuchskopf im Stern“ Einfach-Praktisch-Billig!

Kaninchen u. verkaufe fortwährend getragene Herren- und Damen-Bekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reliquien, Ferngläser, Musikinstrumente, Gold, Silber, Brillen, Möbel aller Art, Nähmaschinen, Kinderwagen usw. usw. 3096 Geß-Angebote Weintraub's An- und Verkaufsgeschäft erbietet. Weintraub's An- und Verkaufsgeschäft Kronenstrasse 32 - Telefon Nr. 3747.

8 starke Räder 70-80 Durchm., m. Kisten und Belüftung, zum selbst fertigmachen, 1 starker Schuttlarren zu verkaufen. 3-49 Sommerstr. 30.

Sauß ohne Unkosten. Meine schöne sonnige 3 Zimmerwohnung Katerer, in vornehmer Wohnlage, gegen eine 4. u. auch geräumige 3 Zimmerwohnung mit Bad oder Mansarde und Balkon in guter West- oder Südwestlage.

Pokale, Becher und Sportfiguren große Auswahl ein getroffen empfiehlt Christ Fränkle Karlsruhe Kaiserpassage. 377

Das Alleweiber-Rennen!

Arthur Bär Kaiserstr. 133, eine Treppe hoch Eingang Kreuzstraße. 3788

Das Alleweiber-Rennen!